

Der Deutsche Metallarbeiter.

Organ für die Interessen der in der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie Beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Erscheint wöchentlich Samstags.
Abonnementpreis pro Quartal 1 M.
Postzeitungsliste Nr. 1944 a.
Anzeigenpreis die 8gespaltene Petit-
zeile 4 Pf.
Telephon Nr. 585

Schriftleitung:
Duisburg, Seitenstraße 19.
Schluß der Redaktion: Dienstag
mittags 12 Uhr.
Zuschriften, Abonnementbestellungen
sind an die Geschäftsstelle Seiten-
str. 19 zu richten.

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

An der Jahreswende.

Wieder ist ein Jahr im Strom der Zeit untergetaucht und bei dem Eintritt in ein neues Jahr ziemt es sich, einen kurzen Rückblick in die Vergangenheit zu werfen, die Ereignisse des vergangenen Jahres am Geiste vorüberziehen zu lassen, um daraus für die Zukunft zu lernen; um neue Kraft und Begeisterung für die schwere Arbeit des kommenden Jahres daraus zu schöpfen. Das nunmehr hinter uns liegende Jahr war für die christlichen Gewerkschaften Deutschlands ein Jahr der Arbeit, ein Jahr der Kämpfe, aber auch ein Jahr des Fortschritts, nach Außen wie nach Innen.

Mit besonderer Genugtuung kann zunächst das allgemeine Wachstum der christlichen Gewerkschaftsbewegung verzeichnet werden.

Ist es doch den dem Gesamtverbande angehörenden Organisationen gelungen, die Zahl ihrer Kämpfer um 60-70 000 zu vergrößern. Diesem agitatorischen Erfolge folgte noch ein solcher auf organisatorischen Gebiete, indem es möglich war, die Opferfreudigkeit in unserer Bewegung zu steigern und die Beiträge in einer ganzen Reihe von Verbänden um ein Beträchtliches zu erhöhen. Anderen Gewerkschaftsräumen und der allgemeinen Öffentlichkeit Respekt einflößend steht so unsere jugendfrische, christliche Gewerkschaftsbewegung da. Ihr Einfluß im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben ist um ein Bedeutendes gewachsen.

Die christlichen Gewerkschaften haben sich im vergangenen Jahre diese gesteigerte Beachtung bei den verschiedensten Gelegenheiten zu erringen gewußt. So haben sie sich bei der Anfangs des Jahres in Berlin stattgefundenen Heimarbeitersausstellung in sehr wirkungsvoller Weise beteiligt. Diese Veranstaltung, die erste solcher Art, hat der Öffentlichkeit das unjählich traurige Elend der deutschen Heimarbeiter und Arbeiterinnen in seiner ganzen schrecklichen Deutlichkeit vor Augen geführt. An dieser Ausstellung hat auch unser Verband in Ehren mitgewirkt. Selbst die sozialdemokratische Presse mußte zugestehen, daß die christlichen Gewerkschaften, im Arrangement, geschickter Gruppierung und Darstellungsweise die freien Gewerkschaften übertroffen hätten. Seitens unseres Verbandes waren ausgestellt: Gegenstände aus der Solinger Stahlwaren- der Meißner- und Gabelbranche, aus der Nadelindustrie des Schwarzwaldes. Eine seitens der Zentrale herausgegebene Broschüre diente zur allgemeinen Orientierung über die in den Branchen bestehenden Lohn- und Arbeitsbedingungen. Hoffentlich wird die Ausstellung des Heimarbeiterselends endlich einmal gesetzgeberische Reformen auf diesem Gebiete in Fluß bringen.

Ein wichtiges Ereignis war für die gesamte christliche Arbeiterbewegung der 6. christliche Gewerkschaftskongress Ende Juli in Breslau, auf dem insbesondere die prinzipielle Stellungnahme der christlichen Gewerkschaftsbewegung zu den kulturellen Fragen dargelegt wurde. Uneingeschränkte Anerkennung sollte unserer Bewegung hier selbst Professor Sombart, von dem man nicht behaupten kann, daß er ihr sonst sympathisch gegenüberstehe. Auch eine größere Anzahl behördlicher und kirchlicher Organe fanden sich zum ersten Male hier ein, um sich augenscheinlich über die Bewegung zu unterrichten. Allgemein vermerkt wurde das Erscheinen des Oberpräsidenten der Provinz Schlesien, des Grafen von Hedlitz-Trützschler, der in warmen Worten seiner Sympathie für die christlich-nationalen Arbeiterbewegung Ausdruck gab. Der Kongress war in seinem ganzen erhebenden Verlauf ein deutlicher Ausdruck der mächtig emporkommenden und zukunftsreichen christlichen Gewerkschaftsbewegung. Selbst die Gegner von rechts und links müssen dies anerkennen.

Ein weiterer Gradmesser für das unaufhaltsame Voranschreiten unserer Sache waren die günstigen Resultate bei einer ganzen Reihe von sozialen Wahlen, besonders im Westen unseres Vaterlandes.

In Anbetracht solcher Tatsachen ist es bedauerlich, daß die Regierung, gestärkt und beeinflusst durch Scharfmacher und Reaktionen, nicht den nötigen Mut fand, das Vertrauen des Arbeiterstandes zu den gesetzgebenden Körperschaften durch eine energische Fortführung der Sozialreform zu stärken. Auf letzterem Gebiete war das Jahr 1906 ein unfruchtbares; der dem Reichstage vorgelegte Entwurf über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine kann wohl nicht als eine soziale Tat bezeichnet werden, eher das Gegenteil. Im Jubiläumsjahre der sozialen Gesetzgebung hätte man mehr Taten erwarten können. Jedoch gibt sich die christliche Arbeiterschaft der Hoffnung hin, daß das Wort unseres Kaisers, die Sozialreform energisch zu fördern, in nicht allzu ferner Zeit von der Regierung wahr gemacht wird.

Wichtig und bedeutungsvoll war für die Gesamtbewegung auch die gegen Ende des Jahres durchgeführte gemeinschaftliche Aktion zwischen den christlichen Gewerkschaften und sozialistischen Arbeitervereinen beider Bekenntnisse. Sind die praktischen Erfolge der beabsichtigten gegenseitigen Zuführung der Mitglieder bis jetzt auch nicht überall in der erwarteten Weise und zur allseitigen Befriedigung ausgefallen, so ist aber dennoch durch diese Aktion der Boden für eine systematische Weiterarbeit nach der Richtung geebnet und das einigende Band um die große Masse der christlich-nationalen Arbeiter und Bediensteten enger geschlungen worden.

In der fanatischen Bekämpfung der christlichen Gewerkschaften sind sich die zahlreichen Gegner derselben auch im Jahr des Heils 1906 getreu und gleich geblieben. Allen voran die sozialdemokratische Richtung. Wir wollen hier das schmutzige Kapitel des Terrorismus, wie er von Anhängern jener Richtung gegen christliche Arbeiter ausgeübt wird, nicht aufrollen, es ist das schmachvollste und dunkelste Blatt der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung. Nichts ist jedoch im Stande gewesen, unser Vordringen aufzuhalten. Noch im vorigen Jahre erklärte der Vorsitzende der Generalkommission der sozialdemokratischen Gewerkschaften, Herr Legien, auf dem Kölner Kongress mit einer prächtigen Selbstüberhebung: „Solange ich an der Spitze der „freien“ Gewerkschaften stehe, werden die Christlichen niemals als gleichberechtigt anerkannt werden.“ Und kaum 1 1/2 Jahre später hat derselbe Legien die christlichen Gewerkschaften im Auftrag der Generalkommission zu einem gemeinsamen Kongress betreffend Stellungnahme zur Vorlage über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine eingeladen. Welch eine Wendung durch die Macht der Tatsachen.

Fast noch gehässiger wie die Sozialdemokraten kämpfen in letzter Zeit die Hirsch-Dunderschen gegen die christlichen Gewerkschaften; insbesondere gegen unsern christlichen Metallarbeiterverband. Es ist der Reiz, die Wut des betrübten Lohgerbers. Denn gegenüber unserm unaufhaltbaren Vorwärtsschreiten begutet die Hirsch-Dundersche Richtung nur notdürftig dahin, zurzeit geht es rückwärts vorwärts. Was ihr an innerer Kraft abgeht, das glaubt sie durch eine unbändige Schimpferei über die Christlichen ersetzen zu können. Daneben bemüht man sich in Hirsch-Dunderschen Kreisen, die christliche Gewerkschaftsbewegung in den evangelischen Arbeitervereinen als ultramontan zu verdächtigen, um selbst Eingang zu finden. Das Zustromen immer größerer Scharen evangelischer Arbeiter in die christlichen Gewerkschaften ist jedenfalls die beste Antwort auf ein solches Gebahren.

Die Alten geblieben, im Kampfe gegen die christliche Gewerkschaftsbewegung sind die katholischen Fachabteilungen Berliner Richtung. Doch auch ihre

Verdrehung autoritativer Intentionen hat unserer Bewegung keinen Abbruch getan. Was wir immer gesagt haben, wird eintreten, die zur Erkenntnis kommenden Arbeiter werden sich ganz von selbst nur arbeiterfeindlich wirkt und die Verdummung der Arbeiterschaft als vornehmste Aufgabe betrachtet.

Daß in der Reihe unserer zahlreichen Gegner auch die großkapitalistischen Scharfmacher nicht fehlen, versteht sich ganz von selbst. Der Industriemagnat Kirovorf, der in Manheim die christlichen Gewerkschaften als schlimmer wie die sozialdemokratischen erklärte, hat in seinen Kreisen viele Gleichgesinnte und das Sprachrohr dieser Scharfmacher, die Deutsche Arbeitgeber-Zeitung, ist fortwährend auf diesen Ton abgestimmt und hat ja erst kurz vor Jahreschluss den christlichen Gewerkschaften den Krieg wieder aufs Neue erklärt. Daß auch ein preussischer Minister, Herr Delbrück vom Handelsministerium im preussischen Herrenhaus eine Attacke gegen die christlichen Organisationen für notwendig hielt, soll nur nebenbei erwähnt werden. Die Dummheit dieser Leute, ganz besonders der Scharfmacher, läßt uns allerdings vollständig kalt und kann uns im Gegenteil nur zur Ehre gereichen. Unbekümmert um alle Feinde und Neider von rechts oder links werden die christlichen Gewerkschaften ihren Weg weiter gehen.

Wirtschaftlich ist das Jahr 1906 ein Jahr der Hochkonjunktur gewesen, wie wir wohl kaum eins in früheren Perioden der guten Geschäftslage zu bezeichnen hatten. Ein wahrer Goldstrom hat sich in Gestalt von Millionen und wieder Millionen in den Schoß der Aktionäre und Kapitalisten ergossen. Die Metall- und Hüttenindustrie steht in dieser Beziehung mit an der ersten Stelle. Leider haben aber die Arbeiter sehr wenig von dem Erfolg dieser guten Zeit mitbekommen. Wohl sind hier und da Lohnaufbesserungen zu verzeichnen gewesen, aber auch nur dort, wo die Arbeiter auf Grund der Stärke ihrer Organisationen dazu gedrängt haben. Sonst aber ist das Einkommen der Arbeiter im allgemeinen nur durch planlose Überzeitarbeit, Nebenstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit und Nebenarbeiten etwas erhöht worden. Und das ist hinlänglich wieder ausgeglichen worden durch eine fortwährend anhaltende Teuerung aller Lebensbedürfnisse, die uns das verflissene Jahr in steigendem Maße gebracht hat. Fleisch ist derzeit im Preise gestiegen, daß es für viele Arbeiterfamilien unerschwinglich, für die meisten aber nur sehr selten zu beschaffen ist. Gemüse ist ebenso im Preise gestiegen und muß 20-30, oft 40 Prozent teurer bezahlt werden, wie in früheren Jahren. Dasselbe kann von den Wohnungsmieten gesagt werden und zwar nicht allein in den Großstädten, sondern auch in ländlichen Gegenden mit zahlreicher Arbeiterbevölkerung. Trotzdem die Viehpreise in den letzten Wochen gefallen sind werden die Fleischpreise aber auf der früheren Höhe gehalten und Fleisch scheint auch für die Zukunft ein Lederbissen in den Arbeiterfamilien bleiben zu sollen.

So ist das Jahr 1906 nach der wirtschaftlichen Seite hin für die arbeitende Bevölkerung trotz der Hochkonjunktur kein übermäßig reiches gewesen. Die allgemeine Teuerung hat dann bei den Arbeitern natürlich das Bestreben wachgehalten, durch Lohnbewegungen ihren Arbeitsverdienst in Einklang mit den notwendigsten Ausgaben zu bringen. Das ist jedoch nur dort möglich, wo die Arbeiter weitblidend und opferwillig genug gewesen sind, ihre berufliche Organisation zu einem starken Faktor auszubauen. Denn ohne starke Organisationen, deren Kriegsklassen auch einen Kampf mit dem Unternehmertum aushalten können, werden Verbesserungen nur selten zu erringen sein.

In schweren gewerkschaftlichen Kämpfen hat es auch im Jahre 1906 nicht gefehlt. Insbesondere hat unser Verband getreu seiner Aufgabe, den Metall- und Hüttenarbeitern eine bessere Lebenslage zu erringen, eine Reihe schwerer Kämpfe zu ver-

nen Jahr durchgeführt, zum Teil ganz allein, Teil mit anderen Organisationen. Der Gedanke davon war der Kampf auf der vorderen Front in Saarrevier, an dem 3500 Hüttenarbeiter beteiligt waren und der vom christlichen Arbeiterverband allein geführt wurde. Es galt das Stummische Spiel, das brutale Herrenschentum eines Dr. Lilla zu brechen, der das schändliche Wort prägen konnte: „Die Menschen gehören in die Humpelkammer“.

Dieser Streit machte überall berechtigtes Aufsehen, weil zum erstenmal die Hüttenarbeiter des Saarreviers verstanden, die Hüttenarbeiter zu sein, in welchem die Arbeiter seither gefesselt waren. In Saarrevier war bei den Arbeitern Deutschland berüchtigt, unter dem Namen Königreich Saarrevier, unter dem Namen Königreich Saarrevier, unter dem Namen Königreich Saarrevier. Hier konnte den Arbeitern noch vorgeschrieben werden, wann sie heiraten, welche Zeilungen lesen, welchen Vereinen sie beitreten, oder welche Male sie besuchen durften. Wehe dem Sozialbesitzer, der sich den Jörn der Hüttenbesitzer zugezogen, wurde er konfiskiert, so war es mit seinem Geschäft. Selbst die konfessionellen Vereine litten unter der Macht der Hüttenwerke. Wurde doch bei der katholischen Arbeiterverein in Saarrevier konfiskiert und von den 600 Mitgliedern wurden sich kaum noch einige, das Arbeitervereinsrat zu betreten. Mit Recht darf daher wohl der Hüttenarbeiterstreit im Saarrevier als einer der bedeutendsten Kämpfe des Jahres 1906 erwähnt werden. Das Eis ist jetzt bei den Arbeitern gebrochen, die Bahn frei zur weiteren freibeweglichen Entwicklung.

Eine sehr traurige Rolle spielten bei diesem Kampfe die Berliner Facharbeiter und der sozialdemokratische Metallarbeiterverband. Nicht nur, daß unserem Verbande allein den Kampf überließen, sondern sie fielen unseren Kollegen in den Rücken, spielten die Streikbrecher und wurden somit zum Verräter der um ihr gutes Recht kämpfenden Hüttenleute. Wie weit sich die Facharbeiter dabei erniedrigten, geht daraus hervor, daß der Scharfmacher Dr. Lilla die Reden des Fachabteilungsleiters R. i. c. h. in den Scharfmacherblättern als Waffe gegen den christl. Metallarbeiterverband zum Abdruck brachte. Trotz dieser Verräterei war die Bewegung nicht ohne Erfolg. Sie brachte den Hüttenleuten Freiheit auch Lohnhöhungen in der Höhe bis 76 Mfl. pro Jahr und Arbeiter.

Ein weiterer schwerer Kampf entwickelte sich im Sommer auf dem hiesigen Hüttenwerk „Notbe Erde.“ Hier hatte der christliche Metallarbeiterverband durch ruhiges, systematisches Vorgehen im Laufe kurzer Zeit für die Arbeiter jährlich 51,410 Mark Lohnhöhung, 72 000 Stunden Arbeitszeitverfürung, Verbesserung der Pausen, der sanitären Einrichtungen und bessere Behandlung erzielt.

Diese ruhige besonnene Arbeit glaubten die Dürchführer der Agitatoren durch einen blöden Radikalismus ablösen zu sollen, um ihren Mitgliederzahl zu betriebligen. Den Arbeitern wurden die unangenehmsten Verprechungen gemacht und schließlich wurde man die gerufenen Geister nicht mehr los; es kam zu einem schweren und hartnäckig geführten Kampf, der infolge der Unfähigkeit der Dürchführer und der Ohnmacht ihrer Organisationen verloren ging. Die Hüttenverwaltung war zu ihrem propäz abnehmenden Standpunkt durch die Zustimmung des S.-D. verantwortlichen Führers geradezu herausgefordert worden, der schon vor dem Streit erklärte: „Länger wie 14 Tage streiken wir nicht, weil wir die wirtschaftlich Schwächeren sind.“ Und nach dem Abbruch des ergebnislosen Kampfes bekannte derselbe S.-D. Führer sich schuldig mit den Worten: „Ich gebe zu, daß ich in den Verhandlungen vor dem Streit geigt habe: Leute, seid doch nicht so ängstlich, höchstens drei Tage dauern der Streit, dann muß die Hütte nachgeben. Daß es schwierig ist, auf solchen großen Werken zu streiken, wußte ich, aber ich durfte den Arbeitern nicht die Wahrheit sagen, sonst wären sie nicht in den Streit eingetreten.“

Dieser verlorene Kampf ist und bleibt ein Denkmal der Unfähigkeit und Ohnmacht des Dürchführer der Metallarbeiterverbände, und daran kann auch der wltende Feldzug der S.-D. gegen unsern Verband nach diesem Kampfe nichts ändern.

Einen ähnlich blamablen Ausgang nahm eine im Frühjahr 1906 vom sozialdem. Metallarbeiterverband inszenierte allgemeine Lohnbewegung der Siebereiarbeiter. Ohne mit den anderen Organisationen nur die geringste Fühlung zu nehmen, sie direkt propäz zurückzuziehen, wurde diese Bewegung einseitig vom roten Verband allein eingeleitet. Als es dann aber infolge einiger Forderungen zu Weiterungen kam, als die Metallindustrie des Reiches eine Ausdehnung von über 300 000 Metallarbeitern ankündigten, da wäre den sozialdem. „freien“ Verbände sehr willkommen und angebracht gewesen. Da war man im roten Lager so ungenügend, diese Unternehmung als etwas schäblich zu bezeichnen. Doch es kam gar nicht zu einer Entscheidung, die Fasse des roten Verbandes

war einer allgemeinen Ausdehnung gegenüber nicht gewachsen: im entscheidenden Moment gaben die „Freien“ klein bei und dadurch wurde die Ausdehnung vermieden. Die mit so großem Tam-Tam einseitig eingeleitete Bewegung verlief wie das Hornberger Schießen und dieser Ausgang ist zum größten Teil der Prozentakt und dem Größenwahn der roten Verbände zu verdanken. Ein gemeinsames Vorgehen in verschiedenen Metallarbeiterverbände in ruhiger und besonnener Weise hätte ganz gewiß ein besseres Resultat im Interesse der Arbeiter haben müssen.

Erwähnt sei hier auch der Streit auf der chemischen Fabrik von Königmann in Würselen bei Aachen, der bekanntlich Anlaß zu einem sogenannten Landfriedensbruchprozesse gab und der für 13 Angestellte 40 Monate Gefängnis schon hat. Gegen das Urteil, das im Reichstag schon „unfassbar“ genannt wurde, ist Berufung eingelegt worden. Bei diesem bemerkenswerten Kampfe, der von unserm Verband alsin durchgeführt wurde, ist die Gefahr der Konkurrenz ausländischer Arbeiter, die von Streikbrecheragenten herangeführt wurden, mit krasser Deutlichkeit in die Erscheinung getreten. Es ist deshalb zu begrüßen, daß sich die christlichen Gewerkschaften auf der ganzen Linie immer mehr mit der Frage der ausländischen Arbeiter beschäftigen.

Neben diesen größeren Kämpfen hat unser Verband eine große Anzahl von kleineren Streiks und friedlich verlaufenen Lohnbewegungen geführt, die für die beteiligten Arbeiter wesentliche Verbesserungen gebracht haben. Mehr wie 100 verartiger Bewegungen sind zu verzeichnen, so in Duisburg, Saar, Meiderich, Eisen, Vortrop, Haltern, Dülmen, Oberhausen, Fiselburg Alme, Bredelar, Grevenbrück, Lippstadt, Köln, Mülheim a. Rh., Kalk, Fulda, Mainz, Mannheim, Weingarten, Schwarzwald, im nördlichen und östlichen Bezirk usw. So ist der Verband seiner Hauptaufgabe, Erringung besserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse vollauf gerückt geworden.

An dem allgemeinen Aufschwung der christlichen Gewerkschaftsbewegung im verfloßenen Jahr ist auch unser Verband beteiligt. Wenn auch in einigen Bezirken eine bessere Entwicklung hätte erwartet werden können, und bei energischer und planmäßiger Agitation auch möglich gewesen wäre, so kann das allgemeine Bild dennoch in Anbetracht der großen Schwierigkeiten und zahlreichen Gegner ein befriedigendes genannt werden.

Wie im Jahre 1905 so ist auch im vergangenen Jahr 1906 ein

Stetiger Fortschritt des Verbandes

von Quartal zu Quartal zu verzeichnen gewesen. Während die Mitgliederzahl am Anfang des Jahres 17 140 betrug, gehen wir jetzt mit etwa 27 000 Mitgliedern ins neue Jahr hinein. (Die genaue Zahl gliedern ins neue Jahr durch die in diesen Tagen erfolgende Arbeitslosenstatistik ergeben.) Das vergangene Jahr hat uns also wieder 10 000 neue Streiter gebracht, die unter der Fahne des christlich-sozialen Metallarbeiterverbandes für die Gleichberechtigung ihres Standes zu kämpfen gewillt sind. An manchen Stellen hätte allerdings in der Agitation mehr getan werden können, insbesondere auch zur Erhaltung der gewonnenen Mitglieder. Vielerorts scheint man sich allzuviel auf freigestellte Beamte zu verlassen und denen die Arbeit allein überlassen zu wollen. Das ist grundfalsch und muß zur Verknöcherung und Stagnation in der Agitation führen. Es kann nicht oft genug betont werden, daß die wirkliche Kleinarbeit als das erfolgreichste Agitationsmittel nicht von freigestellten Beamten ausgeführt werden kann, sondern von den in Arbeit stehenden Kollegen gemacht werden muß. Wo das nicht geschieht, helfen Tausende von Beamten nichts.

Am weittragendsten war im vergangenen Jahr für unsern Verband der vollzogene innere Ausbau. Am ersten Januar 1906 wurde durch Beschluß des Zentralvorstandes im Einvernehmen mit allen Bezirksleitungen ohne einen besonderen Generalversammlungsbeschluß der Wochenbeitrag von 30 auf 50 Bfg. erhöht und dadurch ein weiterer

Ausbau des Unterhaltungswezens

ermöglicht. Als einer der wichtigsten Vorgänge der letzten zwei Jahre innerhalb des Verbandes, heißt es in dem der Generalversammlung in Aachen vorgelegten Tätigkeitsbericht des Zentralvorstandes, dürfte der Ausbau des Unterhaltungswezens und Einführungs des 50 Pfennig-Beitrages bezeichnet werden. Die Einführung einer solchen gewaltigen Umwälzung innerhalb des Verbandes, ohne Generalversammlungsgeschluß, wird bis jetzt wohl einzig dastehen und dürfte, außer unserem, noch keinem Verbande gelungen sein. Daraus können Truppe wie Führer mit berechtigtem Stolz zurückblicken. zeigt es doch, daß die Opferwilligkeit und das Verständnis für die gewerkschaftlichen Aufgaben des Verbandes bei den Mitgliedern in großem Maße geliegt sind. Wie sehr die Erziehungsarbeiten innerhalb des Verbandes gewillt hat, beweist der Umstand, daß die

tenigen Gruppen welche sich erst vor zwei Jahren mit einem Beitrag von 10 Bfg. angeschlossen hatten, — wie die Schwarzwälder Uhrenarbeiter u. — die ersten waren, welche für den 50 Bfg.-Beitrag eintraten.

Das hiermit angefangene große Werk der Reorganisation des inneren Verbandswezens wurde durch die

Generalversammlung in Aachen

die Anfang September stattfand, sanktioniert oder besser gesagt vollendet. Dadurch wird diese Generalversammlung auch ein Denkmal in der Entwicklung unseres Verbandes bleiben. Sie verlief in der schon unseren fruchtbringendsten Weise und hat die besten Hoffnungen für die weitere Zukunft unseres Verbandes mit berechtigter Zuversicht bei allen Teilnehmern an der Generalversammlung hinterlassen. Ueber die Verhandlungen derselben braucht an dieser Stelle nichts nachgetragen zu werden, weil dieselben (zum erstenmal von unseren bisherigen Generalversammlungen) in einem jetzt existierenden umfangreichen Protokoll niedergelegt sind. Kurz wollen wir nur darauf hinweisen, daß die Generalversammlung in allen wichtigen Fragen von der höchsten Einmütigkeit bezeugt und nur von dem besten Danken getragen war, dem Interesse des Verbandes und seiner Mitglieder zu dienen. Die Anregung der Generalversammlung zur weiteren Opferwilligkeit, nämlich überall zur Bekämpfung der durch eine ungezügelt entstehenden Ausgaben und Schärkung der lokalen Mittel Lokalaufschläge zu erheben, ist von einer großen Anzahl von Ortsgruppen mit der überwiegenden Mehrheit unserer Verbandsmitglieder schon durchgeführt worden. Wo es noch nicht geschehen, möge man nicht länger säumen und nicht zurückbleiben. Dabei auch gleich ganze Arbeit machen und nicht unter 10 Bfg. pro Woche beschränken. In der Opferwilligkeit haben sich die christlichen Metallarbeiter niemals übertraffen lassen und so soll es auch in Zukunft bleiben.

Ueberblicken wir so an der Schwelle des neuen Jahres das im vergangenen Jahre Geschehene, lassen wir die wichtigsten Vorkommnisse desselben an uns vorüberziehen, dann können wir im allgemeinen wohl damit zufrieden sein, soweit die Entwicklung eben von uns abhängig gewesen und beeinflusst werden konnte. Wo es gilt noch eine Kleinarbeit im Dienste der Arbeiterklasse zu vollführen, Tausende und Abertausende unserer Berufskollegen und Kollegen stehen uns noch fern. Gering sind nicht die Leistungen von diesem Heer der Indifferenten unserer Gesinnung und gehören insofern zu uns. Sie müssen aufgerüttelt, von uns gewonnen werden.

Tausende und Abertausende von Arbeitern der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie schmachten heute noch in Verhältnissen, die dringend der Verbesserung bedürfen. Ihnen allen soll die Organisation ein Helfer und eine Stütze sein. Wohl im keinem Beruf erhebt das brutale Scharfmachertum so kühn sein Haupt, ist das Herrenmenschtum so ausgeprägt, wie in der Metallindustrie und hier werden sich in der nächsten Zukunft die schwersten und erbittertesten Kämpfe um die endliche Gleichberechtigung der Arbeiter auf wirtschaftlichem Gebiet abspielen. Jeder Fuß breit Terrain werden die Metallarbeiter dem Scharfmachertum im zähen Kampfe und mit großen Opfern abringen müssen. Darum wird es von der Opferwilligkeit und nicht zuletzt auch von der gewerkschaftlichen Disziplin der Arbeiter abhängen, wie diese Kämpfe sich entscheiden werden.

Mögen sich unsere christlichen Metallarbeiter dessen stets bewußt sein. Am Ende des vergangenen und an der Schwelle des neuen Jahres aber wollen wir uns gegenseitig das Gelübnis ablegen, mit allen unsern Kräften weiterzuarbeiten, unermüdet bei der Ausbreitung unserer christlichen Gewerkschaftsarbeit mitzuwirken, stets frei und ohne Scheu, mit berechtigtem Stolz und Selbstbewußtsein unsere christliche Ueberzeugung zu bekennen und gegen alle Feinde von rechts und links zu verteidigen und allen Stürmen zum Trotz hochzuhalten die Fahne des christlich-sozialen Metallarbeiterverbandes Deutschlands!

Kraftlos mußt Du vorwärts streben, Nie ermüdet stille stehen!

Sozialpolitische Ausflüchten.

Durch die überraschend gekommene Auflösung des Reichstages ist die Erörterung sozialpolitischer Fragen in den Hintergrund getreten. Es ist dies leicht erklärlich, weil es keine Fragen sozialpolitischer Natur waren, die zu dem Konflikt zwischen der Reichsregierung und der Volksvertretung geführt haben. Und auch nach Zusammentritt des neu zu wählenden Reichstages wird sich das allgemeine Interesse zunächst auf die Fragen der großen Politik konzentrieren. Die gesetzliche Sozialreform wird durch diese Situation ganz gewiß ins Swden geraten und von diesem Gesichtspunkte aus haben wir Arbeiter

wenig Ursache, und über die „Ausprägung“ der Reichsboten besonders zu freuen. Diesen Gedanken gibt auch Herr Professor E. Franke in einem bemerkenswerten Artikel der „Sozialen Praxis“ Nr. 12 Ausdruck und zeichnet die gegenwärtige sozialpolitische Lage folgendermaßen:

Die am 13. Dezember erfolgte Auflösung des Reichstags bedeutet in sozialpolitischer Hinsicht eine Unterbrechung und Verzögerung der legislativischen Reformarbeit. Alle bisher eingebrachten Gesetzesentwürfe und Anträge, aber auch alle Ergebnisse der Kommissionsarbeiten fallen damit in den Brunnen. Vor allem ist der Gesetzesentwurf über die gewerblichen Berufsvereine zunächst von der Tagesordnung verschwunden. Die von den Kommissionen für die zweite Lesung im Plenum in langwieriger Arbeit fertiggestellten Berichte über das Hilfskassengesetz, über die Novelle zum Unterstützungswohnsitz und den Berufungsvertrag gehen den gleichen Weg. Auch die zahlreichen Kommissionsbeschlüsse, die sich teils auf Forderungen des Arbeiterschutzes, teils auf die Verhältnisse der Privatbeamten und der kaufmännischen Gehilfen beziehen, sind hinfällig. Ihnen folgt auch die Vorlage über den Schutz der Bauforderungen. Gerettet aus der Sintflut ist nur die in allen drei Lesungen vom Reichstag genehmigte Novelle zur Gewerbeordnung, die den Befähigungsnachweis für Bauunternehmer festsetzt. Der Entwurf für die gesetzliche Regelung der Zigarren-Hausindustrie ruht noch in den Ausschüssen des Bundesrats. Mit den Regierungsvorlagen verschwinden zugleich auch in der Versenkung die Initiativanträge der Parteien, insbesondere die Forderungen einer gesetzlichen Regelung der Heimarbeit und das Verlangen nach Einführung des Achtstundentages für Fabrikarbeiterinnen — von zahlreichen anderen Wünschen und Anträgen ganz zu schweigen.

Die gesetzgeberische Arbeit auf dem Gebiete der Sozialpolitik war nach zweijähriger Unfruchtbarkeit eben wieder langsam in Gang gekommen, und die am 13. November eröffnete Session versprach eine rege Tätigkeit und manche Ergebnisse. Freilich wurde deren Wert für die Fortführung der Sozialreform sehr verschieden eingeschätzt. Aber es war doch ein Anlauf aus der Stagnation herauszunehmen, und in der Ferne stiegen neue bedeutsame Aufgaben, wie die Vereinfachung der Sozialversicherung, die Witwen- und Waisenversorgung, die Regelung der Hausindustrie, die Gestaltung des Rechts der Tarifverträge, die Einführung der Arbeitskammern auf. Diese Pläne sind sämtlich, ebenso wie die bereits vorgelegten Entwürfe, Anträge und Berichte für die nächste Zeit gleichsam weggewischt. Denn bei den Neuwahlen, die am 25. Januar 1907 stattfinden werden, werden die sozialpolitischen Forderungen in weitaus den meisten Wahlkreisen ganz in den Hintergrund treten. Und wenn Anfang Februar der neue Reichstag zusammentritt, dann werden die Sozialforderungen und die Staatsberatung seine ganze Zeit ausschließlich in Anspruch nehmen — vorausgesetzt, daß sich überhaupt ein ersprießliches Zusammenarbeiten zwischen verbündeten Regierungen und Parlament als möglich erweist und wir nicht einen Konflikt entgegentreiben, bei dessen Zusammenstoßen die Sozialpolitik eliminiert wird.

So sind im Augenblick die Aussichten für die Sozialreform, soweit Regierung und Reichstag dabei in Betracht kommen, nicht günstig. Darüber dürfen wir uns nicht täuschen. Aber diese durch jähe Unterbrechung der geregelten gesetzgeberischen Arbeit bewirkte Schwächung wird zwar einen Aufschub, aber keine Umkehr im Gefolge haben. Vor wenigen Wochen erst, am 17. November, zum Gedächtnis des 25. Jahrestages der großen Kaiserkrönung vom Reich des Schwachen auf Staatsfürsorge hat Kaiser Wilhelm II. unter Gegenzeichnung des Reichskanzlers verkündet: „In dieser Zuerst (daß sich die Arbeiterversicherung als dauernde Bürgschaft inneren Friedens für das Vaterland erweisen möge“) ist es mein fester Wille, daß die Gesetzgebung auf dem Gebiete der sozialpolitischen Fürsorge nicht ruhe und in Erfüllung der vornehmsten Christenpflicht auf den Schutz und das Wohl der Schwachen und Bedürftigen fortgesetzt bedacht sei.“ Dies Kaiserwort bleibt bestehen, auch wenn die Wogen des Wahlkampfes und die drängenden Sorgen anderer Aufgaben jetzt zunächst über die sozialpolitische Gesetzgebung hinwegfluten.

Diese Blätter haben sich stets, wo die Gelegenheit es verlangte, zu einer starken nationalen Politik bekannt, weil wir die Sicherung der nationalen Güter, die Erhaltung und Verstärkung unserer Wehrkraft zu Lande und zu Wasser, die Erwerbung und den Ausbau von Kolonien, die weltpolitische Erweiterung unseres Handels und Verkehrs und die Macht-

stellung des Reichs für die Vorbedingung einer wirtschaftlichen und schöpferischen Sozialreform halten. Ohne ein starkes und blühendes Reich auf die Dauer keine Hebung der arbeitenden Massen auf wirtschaftlichem, rechtlichem und geistlichem Gebiete. Aber mit diesem Bekenntnis haben wir stets auch die Forderung verbunden, daß eine kraftvolle, eindringende, energiegelade Sozialpolitik von Regierung und Reichstag betrieben werden müsse, weil nur eine solche Sozialreform, eine wahre Heimatspolitik, auf die Dauer auch das sichere Fundament einer Weltpolitik, wie Deutschland sie führen muß, bieten kann. Ohne die physische, sittliche, wirtschaftliche Hebung und Stärkung der breiten Massen in Stadt und Land haben Reich und Staat gar nicht die Kräfte, weder an Menschen noch an Mitteln, um die großen Aufgaben und Lasten ihrer Macht- und Weltstellung zu ertragen. Machtpolitik und Sozialpolitik bilden nicht einen Gegensatz, sondern eine Ergänzung.

Wenn jetzt aus Gründen, die wir hier in einem Fachblatt nicht des näheren zu erörtern haben, die nationale Machtpolitik des Reichs den Vorrang nimmt, so wird nach unserer Überzeugung es nicht allzulange dauern, bis auch die Sozialreform aus innerer Notwendigkeit ihre Rechte wieder erlangt. Das Reich muß Sozialpolitik treiben um seiner selbst willen, damit es stark und leistungsähig bleibe. Und zu dieser Triebkraft des Selbstschutzes im Staat tritt noch eine andere Triebkraft, die von unten wirkt: die Arbeiterbewegung selbst. Die Organisation der Selbsthilfe in festgeordneten Formen ist gerade in den letzten Jahren so gewaltig erstarkt, daß sie, ganz abgesehen von ihrer politischen Richtung und ihren politischen Zielen, durch ihr eigenes Schwergewicht die Reichsverwaltung immer wieder in die Notwendigkeit drängt, soziale Reformen ins Auge zu fassen und durchzuführen, die diese gewaltigen Massen und ihr Gegenstück, die Organisation der Arbeitgeber, im Rahmen der gegenwärtigen Staats- und Wirtschaftsordnung erhält und diese Dienstleistungen im Dienste des Gemeinwohls fruchtbar macht.

In diesem Sinne wird auch der jetzt eingeleitete Wahlkampf des sozialpolitischen Charakters nicht entbehren. Mag die Sozialdemokratie, unter deren Fahne die gewerbliche Arbeiterschaft in heilen Haufen steht, noch so sehr alles auf die Parole des Vernichtungskampfes gegen die Staatsgewalt hinausspielen, die Macht des gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Gedankens ist heutzutage so stark, daß er auch die Wahlen im Sinne seiner Ziele beeinflussen wird. Das möge aber zugleich eine dringende Mahnung für die bürgerlichen Parteien sein, auch ihrerseits Bedacht auf diese Strömungen der Arbeiterwelt zu nehmen, der sozialpolitischen Aufgaben nicht zu vergessen und zum sicheren Pfande ihres Willens auch Arbeiterführer in die Reihen ihrer Kandidaten und Abgeordneten aufzunehmen. Das hat bereits vor Jahren auch der Kaiser verlangt. Wir denken dabei nicht an eine neue Partei, die lediglich aus Arbeitnehmern besteht. Aber es ist gar nicht zu sagen, welche treibende Wirkung es für die Sozialpolitik im Reichstag haben würde, wenn in den Fraktionen des Zentrums, der Konservativen, der Nationalliberalen und der Freisinnigen verschiedener Richtungen insgesamt nur 15 bis 20 Vertreter der Arbeitnehmer, der gewerblichen Lohnarbeiter, der Handelsgelassen, der technisch-industriellen Beamten sitzen würden.

Soweit Herr Prof. Franke. Seinen letzten Ausführungen werden alle christlich-nationalen Arbeiter besonders freudig zustimmen. Daran arbeiten auch die christlich organisierten Arbeiter seit Jahr und Tag mit aller Energie hin, um eben durch eine bessere Vertretung in den Parlamenten aus ihren Reihen einen weitgehenden Einfluß auf die Gesetzgebung und hier natürlich in erster Linie auf die sozialpolitische Seite derselben zu gewinnen. Unsere christlichen Gewerkschaften sind parteipolitisch neutral, waren es seit ihrem Bestehen und werden es auch in Zukunft bleiben. Wir legen uns auf keine politische Partei fest. Aber das eine verlangen und erwarten wir von unsern Mitgliedern, daß sie zum politischen Gebiet nicht indifferent und stumpfsinnig in den Tag hineintreten, sondern auch als Staatsbürger ihren Mann zu stellen wissen. In aller nächster Zeit ist die Gelegenheit dafür gegeben. Im neuen Reichstag muß gewählt werden und unter Pflicht ist es, dafür zu sorgen, daß mehr Vertreter des Arbeiterstandes und ferner überhaupt nur solche Vertreter gewählt werden, die auch die Rechte des Volkes und insbesondere auch die sozialpolitischen Forderungen des Arbeiterstandes vertreten wollen.

Geschlecht das, dann braucht es uns auch um die Aussichten auf dem Gebiet der Sozialgesetzgebung nicht bange zu sein.

Der Arbeitsmarkt in der Eisenindustrie

Der Geschäftsgang war in der Maschinenindustrie im allgemeinen recht gut, wenigstens so gut wie im Oktober, teilweise noch besser. Im Vergleich zum November 1905 hat fast überall eine weitere Besserung sich vollzogen, worauf schon die häufige Vermehrung der Arbeiterzahl hinweist. Häufig wird auch über Mangel an Arbeitern geklagt. Die Arbeitsverhältnisse sind nach den Berichten im November vielfach nicht so ruhig gewesen wie im vorigen Monat. Aus Mitteldeutschland werden Streiks gemeldet.

Der Geschäftsgang in der Hüttenindustrie war befriedigend, zum Teil lebhafter gegenüber dem im Vormonat; in der Mehrzahl der Betriebe war er besser als in der gleichen Zeit des Vorjahres, was teilweise eine Steigerung der Arbeiterzahl zur Folge hatte. Aus Schlesien, wo teilweise Lohnaufbesserungen eingeführt wurden, wird über Arbeitermangel geklagt. Die Arbeitszeit war im allgemeinen normal.

In der Eisengießerei hielt die günstige Geschäftslage des vorigen Monats an. Aus mehreren Betrieben wird ein außergewöhnlicher Arbeitermangel gemeldet, stellenweise waren infolge dessen Überstunden erforderlich. Aus einem Betrieb Bayerns wird hingegen ein tägliches Ueberangebot an Arbeitskräften gemeldet. In einigen Betrieben finden noch immer Lohnhöhungen statt.

Auch in den Stahl- und Walzwerken war der Geschäftsgang im allgemeinen andauernd günstig, in mehreren Betrieben sogar außerordentlich gut, viel besser als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Viele Betriebe melden einen sehr empfindlichen Mangel an Arbeitskräften, besonders an Facharbeitern; Überstunden waren vielfach erforderlich, in einigen Betrieben aber infolge des Widerstandes der Arbeiter unmöglich. Teilweise wurden die Löhne stark erhöht.

Die Beschäftigung in der Drahtindustrie war andauernd gut. Die Nachfrage war im allgemeinen besser als im November vorigen Jahres. In der Mehrzahl der Betriebe herrschte kein Arbeitermangel, die Arbeitszeit war im wesentlichen normal.

In der Drahtstiftindustrie war die Nachfrage im allgemeinen im November befriedigend. Was das Angebot von Arbeitern angeht, so lauten die Berichte verschieden, in einem Betrieb herrscht großer Mangel, in den andern deckt das Angebot die Nachfrage. Lohnhöhungen kamen nach den Berichten nicht vor.

Die Kleinmetallindustrie war wie im Vormonat gut beschäftigt, im Vergleich zum Vorjahr war sie in Schlesien besser beschäftigt. Aus Oberschlesien werden Arbeitermangel und Lohnhöhungen gemeldet. Auch wurde hier, soweit wie angängig, mit Überstunden gearbeitet. Aus dem gleichen Gebiet wird ein kleinerer Streik gemeldet.

Der Geschäftsgang in der Kunstschlosserei und in der Metallwarenfabrikation war gut wie im Oktober, er gleicht dem im Vorjahre. Arbeitermangel war im allgemeinen nicht vorhanden, vereinzelte Betriebe allerdings melden einen solchen an gelernten Arbeitern. In einigen Betrieben Berlins fanden Lohnhöhungen um 10 Prozent statt.

Im allgemeinen Maschinenbau hielt die günstige Geschäftslage des vorigen Monats auch im November an. Sie war fast überall besser als in der gleichen Zeit des Vorjahres, was mit den zahlreichen und zum Teil beträchtlichen Neueinstellungen von Arbeitern zusammenhängt. Das Arbeiterangebot deckte die Nachfrage nach Arbeit. Lohnhöhungen waren selten. In einem Betrieb Schlesiens mußte fortdauernd mit Überstunden und Nachschichten gearbeitet werden.

Die Dampfmaschinenfabriken und Armaturwerkstätten hatten im allgemeinen gut zu tun. Nur aus Bayern wird eine Abnahme in der Beschäftigung im Vergleich zum Oktober gemeldet, doch hat auch hier gegen November 1905 keine Veränderung stattgefunden. Ueber Arbeitermangel an Mechanikern und anderen gelernten Arbeitern wird stellenweise immer noch geklagt. In einem großen Betriebe Mitteldeutschlands dauert ein schon früher ausgebrochener Streik fort. Die Fabrikation von Wärmekraftmaschinen hatte, wie im Vormonat, einen befriedigenden Geschäftsgang. Es herrscht immer noch Mangel an tüchtigen Monteuren.

Im Werkzeugmaschinenbau war die Beschäftigung gut, wie im Oktober. Es war im allgemeinen kein Arbeitermangel vorhanden. Stellenweise fanden infolge der Verteuerung der Lebensmittel Lohnhöhungen statt.

Der Geschäftsgang in der Fabrikation landwirtschaftlicher Maschinen war trotz vorgerückter Saison im wesentlichen zufriedenstellend, er war besser im Vergleich zum November 1905. Teilweise fehlten gelernte Kräfte, teilweise wurde auch mit Überstunden gearbeitet. Die Lohnverhältnisse haben sich im allgemeinen nicht verändert.

Im Lokomotivbau blieb die Geschäftslage wie im Oktober recht günstig. Das Angebot von Arbeitskräften entsprach hier der Nachfrage.

Die Beschäftigung im Maschinenbau für die Lederindustrie war, entsprechend der sehr vorgerückten Saison, gering.

Der Maschinenbau für Bergwerks- und Hüttenmaschinen hatte vollst. zu tun. Vielfach trat eine Besserung gegenüber dem Oktober ein, fast überall war die Beschäftigung besser als im November 1905. Stellenweise, besonders aus den Fabriken für die Braunkohlenindustrie, wird großer Arbeitermangel gemeldet. Hier werden auch fortwährend Lohnerhöhungen bewilligt. Teilweise sind Überstunden erforderlich, die aber vielfach seitens der Arbeiter verweigert werden.

Im Maschinenbau für die Textilindustrie war im allgemeinen die Beschäftigung gut wie im Vormonat, häufig besser als in der gleichen Zeit des Vorjahres, so daß vielfach die Zahl der Arbeitskräfte erhöht werden konnte. Aus vielen Betrieben wird Mangel an Arbeitern gemeldet, vielfach wurden Lohnerhöhungen durchgeführt.

Die Geschäftslage im Nähmaschinenbau war wie im Oktober gut, im allgemeinen besser als im Vormonat. In geleerten Fabriken herrscht Mangel. Streiks sind nach einem Bericht in einzelnen Fabriken Norddeutschlands, Westdeutschlands und der Pfalz ausgebrochen.

Die Fahrradfabrikation hatte der Jahreszeit entsprechend weniger zu tun als im Vormonat. Das Angebot an Arbeitskräften deckte die Nachfrage, Mangel herrschte an gut geschulten Arbeitskräften.

Die Fabrikation von Papiermaschinen war andauernd gut beschäftigt. In einem großen Betrieb mußten wegen der kurz bemessenen Liefertermine teilweise Überstunden eingeführt werden.

Die Geschäftslage in der Maschinenindustrie für Sebezeuge und Transportanlagen war fortwährend günstig. Die Arbeiterzahl hat sich vielfach im Vergleich zum November 1905 bedeutend vermehrt. Das Angebot von Arbeitskräften deckte hier die Nachfrage. In einem Berliner Betrieb waren dauernd Doppelschichten erforderlich.

Der Bau von Drahtseilbahnen und Verladearrichtungen hatte wie im Oktober auch in diesem Monat im allgemeinen einen günstigen Geschäftsgang. Teilweise herrschte außergewöhnlicher Arbeitsmangel.

Im Brückenbau und Eisenhochbau war die Arbeitslage ebenfalls im allgemeinen recht günstig. Abgesehen von dem Arbeitermangel, der vielfach herrschte, waren häufig Überstunden und Nacharbeiten notwendig.

Die Nachfrage im Lokomotivbau blieb auch im November andauernd reger, sie war durchwegs besser als im November des Vorjahres. Die Zahl der Arbeitskräfte wurde stellenweise bedeutend vermehrt. In den norddeutschen Betrieben herrschte fast allgemein Mangel an guten Arbeitskräften, während aus Bayern von einem Überangebot berichtet wird. Teilweise sind die Löhne gestiegen. Ein Berliner Betrieb meldet, daß partielle Arbeitsmieberlegungen auf der Tagesordnung stehen.

Im Eisenbahnwagenbau hielt der reichliche Beschäftigungsgrad des Vormonats auch im November an, im Vergleich zur gleichen Zeit des Vorjahres wurden die Arbeitskräfte zum Teil beträchtlich vermehrt. Im allgemeinen deckte das Angebot von Arbeitskräften die Nachfrage, doch klagten auch einzelne Betriebe über einen Mangel. Stellenweise waren Überstunden nötig. Ein Streik in Sachsen wird gemeldet. (Reichsarbeitsblatt.)

Hirsch-Dunderischer Neutralitäts-schwandel.

Schon in mehreren Artikeln haben wir nachgewiesen, daß die Hirsch-Dunderischen Gewerksvereine angeht die bevorstehenden Reichstagswahlen ihre parteipolitische Maske abgestreift haben und sich als Schutzgruppen der freisinnigen Partei geben. In jeder neuen Nummer der Hirsch-D. Organe wird das Spiel fortgesetzt. Wir können ihnen dafür dankbar sein, daß sie die Sache so plump aus dem Saal lassen und ihr Geschwafel von parteipolitischer Neutralität selbst Lügen strafte. Dadurch wird die Situation geklärt.

Das evangelisch-soziale „Reich“ Berlin nagelt in Nr. 519 diese parteipolitische Treiberei in den Hirsch-D. Gewerkschaftsblättern fest und beipricht den Wahlausruf in Nr. 62 des Zentralorgans der Hirsch-Dunder, den wir schon in voriger Nummer erwähnten, in folgender Weise:

„Während die christlichen Gewerkschaften angesichts der kommenden Reichstagswahl prinzipielle Zurückhaltung üben — wir würden jedes parteipolitische Eingreifen der christlichen Gewerkschaften auf das Entschiedenste bekämpfen — ruft „Der Gewerksverein“ als Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Ver-

bandes der deutschen Gewerksvereine in einem programmat. Aufsatz an der Spitze seiner Nummer 62 vom 19. Dezember 1906. „Auf die Schanzen.“ Der Aufsatz schließt mit folgenden fettgedruckten Sätzen:

„Jeder Gewerksvereiner erfülle seine Bürgerpflicht und wähle!

Kein Gewerksvereiner wähle einen Feind der Gewerksvereine!

Keiner wähle einen Lebensmittelvertueurer! Keiner Gewerksvereiner wähle einen Kandidaten, der nicht für die Erhaltung des allgemeinen, geheimen, direkten Wahlrechts und für ein freies Koalitionsrecht ist!

Dafür trete jeder Gewerksvereiner mit aller Kraft ein für diejenigen Kandidaten, die Freunde der Gewerksvereine und des geistigen und wirtschaftlichen Fortschritts sind!“

Entscheidend ist der Satz: „Keiner wähle einen Lebensmittelvertueurer!“ Damit ist gesagt: Kein Mitglied eines Hirsch-Dunderischen Gewerksvereins soll einen Nationalliberalen oder Konservativen, einen Christlich-Sozialen oder Deutsch-Sozialen wählen.

Denn alle diese Parteien stehen auf dem Standpunkt einer nationalen Wirtschaftspolitik, haben sich für die Schutzzölle auf Korn, für die Sicherung der Grenzen gegen Einschleppung von Viehseuchen ausgesprochen und gelten demnach den Manchestermännern als „Lebensmittelvertueurer“.

Dagegen ist in diesen Worten kein Satz, der eine Stimmabgabe für die Sozialdemokratie hindern könnte. Der freisinnige Abgeordnete Karl Goldschmidt, der Verfasser des Ausrufs, hat zwar an einer Stelle bemerkt:

„Die Sprache der Gegner des allgemeinen, geheimen, direkten Wahlrechts, wie sie jetzt geführt wird, läßt darauf schließen, daß die Staatsstreikgefühle gegen das Wahlrecht im Wachsen begriffen sind. Eine etwaige Vermehrung der sozialdemokratischen Mandate, so wird wieder andererseits hervorgehoben, müßte daher zu einer direkten Gefahr für das allgemeine, geheime, direkte Wahlrecht werden.“

Wir Gewerksvereiner sind keiner bestimmten Partei zu dienen verpflichtet!“

Aber nichts zeigt wohl deutlicher, als diese schwächlichen Zeilen gegen die Sozialdemokraten mit der Bemerkung „es wird wieder andererseits hervorgehoben“ und mit der Stellung nur zur Vermehrung der sozialdemokratischen Mandate, daß die Hirsch-Dunderischen Gewerksvereine sich von der politischen Sozialdemokratie nicht abgrenzen. Den Revers, der diese Abgrenzung vollzog, haben bekanntlich die meisten Hirsch-Dunderischen Gewerksvereine abgelehnt.

Wir haben hier ein offizielles Dokument der Hirsch-Dunderischen Gewerksvereine. Denn „Der Gewerksverein“ wird, wie an der Spitze der Nummer fest vermerkt ist, vom Zentralrat der deutschen Gewerksvereine herausgegeben. Wir dürfen, ohne ein Dementi fürchten zu müssen, behaupten, daß die oberste Leitung der Hirsch-Dunderischen Gewerksvereine die von uns abgedruckten Sätze des Wahlausrufes billigt.

Denn aber ist die Frage nach der Stellungnahme der Evangelischen Arbeitervereine zu den Hirsch-Dunderischen Gewerksvereinen in dem Sinne des Vorsitzenden des Gesamtverbandes, Hr. Liz. Weber, erledigt. Die evangelischen Arbeitervereine können nicht zum Beitritt zu einer Gewerkschaft aufrufen, deren oberste Leitung zwar jedem Gewerksvereiner Freiheit und Unabhängigkeit bei der Wahl ankündigt, dann aber zur Stimmabgabe nur Freisinn und Sozialdemokratie empfiehlt.

Gewiß sollen die evangelischen Arbeitervereine nicht die jetzigen Mitglieder der Hirsch-Dunderischen Gewerksvereine belästigen. Aber empfohlen wird kein Führer der evangelischen Arbeitervereine mehr den Beitritt zu den Hirsch-Dunderischen Gewerksvereinen, solange dieser Wahlausruf, von der höchsten Instanz der Hirsch-Dunderischen Gewerksvereine gebilligt, zu Recht besteht.“

Die Voraussetzung des „Reich“, daß die oberste Leitung der Hirsch-Dunderischen Gewerksvereine mit diesem direkt parteipolitischen Wahlausruf einverstanden, daß derselbe von der höchsten Instanz gebilligt sei und zu Recht bestehe, hat sich inzwischen schon vollst. bekämpft. Der hohe Zentralrat der Hirsch-Dunderischen Gewerksvereine hat nach dem Bericht des „Gewerksvereins“ zur Reichstagswahl in seiner angebotenen Neutralität (?) seiner Qual und Not in folgender „einmütig angenommenen“ Resolution Ausdruck verliehen:

„Der Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine (G.-D.) fordert alle wahlberechtigten Verbands-

genossen dringend auf, am 25. Januar, bezügl. auch am etwaigen Stichwahltage, ihr Wahlrecht zum Reichstage auszuüben. In Wahrung der Neutralität unserer Organisation lassen wir unseren Verbandsgenossen selbstverständlich völlig freie Hand in der Wahl, erwarten aber, daß kein Gewerksvereiner einen Feind unserer Organisation wählt, auch keinen Lebensmittelvertueurer oder Gegner des bestehenden Reichstagswahlrechts. Alle Deutschen Gewerksvereiner müssen sich vielmehr ernstlich bemühen, daß Reichstagsabgeordnete gewählt werden, die Freunde unserer Bestrebungen und eines freien Koalitionsrechts sind, und Gewähr dafür bieten, daß ihre Tätigkeit darauf gerichtet ist, mit der Sache der Arbeiter auch die des Volkes und Vaterlandes auf allen geistigen und wirtschaftlichen Gebieten kraftvoll vorwärts zu bringen.“

Diese qualvolle Neutralität (?) wird vom sozialdemokratischen Zentralorgan, dem „Vorwärts“, der gewiß hierin nicht zimperlich ist, in folgender höhnischen und boshaften Weise glossiert:

„Die „freie Hand“ der „neutralen“ Hirsch-Dunderianer sieht nun so aus: Sie dürfen keinen Sozialdemokraten oder Zentrumsmann wählen, denn diese sind Feinde ihrer Organisationsform; sie dürfen keinen Konservativen oder rechtsstehenden Nationalliberalen wählen, denn diese sind entweder Lebensmittelvertueurer oder Gegner des Reichstagswahlrechts oder alles beides. Sie dürfen aber die Freisinnigen als Freunde der Hirsch-Dunderischen Bestrebungen wählen oder vielmehr müssen es, weil ihnen keine andere Wahl bleibt. So sieht die Hirsch-Dunderische Neutralität aus!“

Noch ergößlicher wird der Hirsch-D. Wahlausruf von der sozialdemokratischen „Arbeiterzeitung“ ausgelegt. Dieses Sozialblatt druckt die „neutralsten“ Stellen des H.-D. Ausrufes ab und bemerkt dazu:

„Auf gut Deutsch heißt das: Gewerksvereiner wählt Sozialdemokraten! Allein die Sozialdemokratie führt energisch die Arbeitersache, sie allein ist die prinzipielle Gegnerin jeder Art von Lebensmittelvertueurer, während der Freisinn sich gerade jetzt mit den schamlosesten Brot- und Fleischwucherern brüderlich vereinigt! Die Sozialdemokratie allein ist die wahre Freundin des „geistigen und wirtschaftlichen Fortschritts.“ Deshalb, Gewerksvereiner, wählt sozialdemokratisch!“

So fallen die Hirsch-D. Generäle mit ihrer selbst als Schwindel entlarzten Neutralität auch noch dem Fluch der Lächerlichkeit anheim.

Im „Regulator“ wird die politische Beeinflussung der Mitglieder in dem vorgezeichneten Sinne weiter betrieben. In Nr. 52 macht das Blatt in einem Leitartikel „Zur Reichstagsauflösung“ wieder Politik der „bürgerlichen Linken“ (soll heißen: Freisinn) und kommt zu dem neutralen (?) Schluß:

„Die Verhältnisse liegen jetzt so: sozialdemokratisch zu wählen können wir nicht empfehlen, solange jene Partei die Gewerksvereine prinzipiell bekämpft.“

Die Konservativen als Gegner des Koalitionsrechts und das agrarische, lebensmittelvertueuernde Zentrum verletzen durch ihre politische Haltung die Arbeiterinteressen. Zwingen können und wollen wir niemand, aber unsere feste Überzeugung ist die, es wäre für einen gesunden sozialen Fortschritt am besten, wenn die verschiedenen liberalen Parteien gestärkt, aus diesem Wahlkampfe hervorgängen. Das Gewerksvereinsinteresse und das Arbeiterinteresse verlangen das gebieterisch.“

Nun sage noch ein vernünftiger Mensch, die Hirsch-Dunderischen Gewerksvereine seien nicht politisch-neutral! Es muß wirklich Selbstbetrug genannt werden und Behaupten wider besseres Wissen, wenn die H.-D. Organe noch länger den Mut haben werden, sich als neutral zu geben. Nur die „verschiedenen liberalen Parteien“ dürfen gewählt werden, so verlangt es das Gewerksvereinsinteresse gebieterisch.

Aber auch nach unter den verschiedenen liberalen Parteien wird eine genauere Auslese getroffen. An anderer Stelle stößt der neutrale (?) „Regulator“ die Hirsch-Dunderischen Mitglieder mit der Nase darauf, wen sie einzig und allein wählen dürfen. Dort schreibt er:

„Nationalliberale — Freisinnige Volkspartei — Freisinnige Vereinigung — Süddeutsche Volkspartei, lassen samt und sonders daran, daß sich das Arbeiterelement dort zu wenig Geltung verschafft, besonders bei den drei zuletzt genannten Parteien könnte eine regere Mitarbeit der Gewerksvereinsmitglieder den sozialen Fragen die nötige Bedeutung in jenen Kreisen verschaffen.“

Sehr interessant ist die Stellung des Regulators auch zur Sozialdemokratie. Diese kann er nicht empfehlen, „solange jene Partei die Gewerksvereine prinzipiell bekämpft.“ Wenn die Sozialdemokratie also von dieser Bekämpfung absteht, und das wird sie wohl in nicht allzuferner Zeit mit Rücksicht auf die vollständige Bedeutungslosigkeit der Hirsch-Dunckerischen Richtung tun, dann steht den Hirsch-Dunckerischen Gewerksvereinen gar nichts anderes mehr im Wege, für die Sozialdemokratie ihre Stimme abzugeben. Dann wird der Regulator eine solche Stimmausgabe jedenfalls sofort empfehlen. Wenn es den sozialdemokratischen Führern also der Mühe wert erscheint, die H.-D. Stimmen zu erhalten, brauchen sie bloß den Kampf gegen die H.-D. Richtung einzustellen und sie haben die ganzen Gewerksvereine für sich. Und das will dann noch eine prinzipienfeste Bewegung mit „fundamentalen Grundzügen“ sein!

Diese Selbstbeleuchtung der Hirsch-Dunckerischen Kreise, ihre politischen Treibereien bei der jetzigen Reichstagswahl bilden für uns wertvolles Agitationsmaterial. Wir werden sie an ihre eigenen Worte, an ihre eigenen Taten erinnern, wenn sie noch fernerhin den traurigen Mut haben werden, mit frecher Stirne ihren „einzigen und wirklich neutralen Charakter“ wie ein Marktschreier anzupreisen.

Sozialdemokratie und „freie“ Gewerkschaften sind eins,

nicht nur ideell, wie der Abg. Sue einmal vor Gericht erklärte, sondern auch materiell. Es zeigt sich dieses wieder drastisch bei der gegenwärtigen Reichstagswahlbewegung. Die Tatsache der Verbrüderung ist ja allen, die keine politischen und gewerkschaftlichen Säuglinge mehr sind, schon längst vollständig klar gewesen und wir verzeichnen die neuen Dokumente der Verbrüderung auch nur noch als gewissenhafte Chronisten.

Als wirkungsvollen Zutreiber gibt sich zunächst das „Korrespondenzblatt“ der Generalkommission für die sozialdemokratische Partei her. Es bringt einen mehr wie sieben Spalten langen Wahlartikel und läßt alten Parteien an seinem getrengen Auge vorüberziehen, von denen selbstverständlich nur eine, die sozialdemokratische Gnade finden kann. Und deshalb wird den Mitgliedern der „freien“ Gewerkschaften ins Gewissen geredet: „Nur die Sozialdemokratie, die Arbeiterpartei allein, ist stets eine zuverlässige Stütze der Gewerkschaftsforderungen gewesen, — nur ihre Wahl können die Gewerkschaften den Arbeitern mit voller Verantwortung empfehlen. Wir wissen, daß die bürgerlichen Parteien in diesem Wahlkampfe alles aufwiegen werden, um einen Keil zwischen Arbeiterpartei und Sozialdemokratie zu treiben. Sie werden in den Auseinandersetzungen wählen, die zwischen Köln und Mannheim liegen, und triumphieren mit Pitäten und Judiskretionen aufmarschieren, die die Sozialdemokratie als „Feind der Gewerkschaften“ kennzeichnen sollen. Aber kein vernünftig urteilender Arbeiter wird sich durch diese Schlachtfeldschmüßler verblüffen oder gar beeinflussen lassen. Die Sozialdemokratie als politische Partei beurteilt man nicht nach den Auslassungen einzelner Redner und Schriftsteller in Versammlung und Presse, sondern nach ihren politischen Taten, und auf diese konnte sich die organisierte Arbeiterpartei stets verlassen. So bedauerlich es war, daß es zu solchen Auseinandersetzungen kommen konnte, so wenig können diese das Kampf- und Stürmerproble Verhältnis zwischen Sozialdemokratie und Gewerkschaften erschüttern. Sie konnten nur dazu führen, das Verhältnis durch Beseitigung der schwebenden Streitfragen inniger zu gestalten und das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit von Partei und Gewerkschaften in jedem Arbeiterherzen zu befestigen. Und wann hätten jemals Sozialdemokratie und Gewerkschaften inniger zusammengehört, wann wären sie mehr aufeinander angewiesen, als diesmal, wo die Verteidigung der gewerkschaftlichen Lebensinteressen gilt und wo zugleich die Regierung die Vertrauensfrage an die Wählerpartei stellt? Vertrauen können unsere Gewerkschaften nur zur Sozialdemokratie haben.“

Wer noch kürzlich die heftige Polemik des Korrespondenzblattes gegen die sozialdemokratischen Parteigewaltigen, gegen das Zentralorgan „Vorwärts“ und den Parteivorstand gelesen hat, wird verblüfft sein über diese Schweigsamkeiten und Bauchschmerzen. Das ist der „berühmte Männerwitsch“ vor den Gewaltigen auf den Parteithronen.

Wie das „Korrespondenzblatt“ nimmt die ganze „freie“ Gewerkschaftspressung zu den bevorstehenden Wahlen offen für die sozialdemokratische Partei Stellung. So schließt der Grundstein (Nr. 52) vom „freien“ Maurerverband seinen Wahlartikel, in welchem er die Wahlparole der Sozialdemokratie ausdrücklich zu der eigenen macht, mit den Worten: „Nur die Sozialdemokratie!“ Denselben treten auch

Der Textilarbeiter (Nr. 51) vom „freien“ Textilarbeiterverband und die Metallarbeiter-Zeitung (Nr. 51) für das Programm der Sozialdemokratie ein. Wie der Vorwärts (Nr. 296) berichtet, werden in einer ganzen Reihe von „freien“ Gewerkschaftszustellen Beiträge zum sozialdemokratischen Wahlfonds gemeldet. Der Vorwärts quittiert in Nr. 299:

Bremen: Maurer 3000, Bauarbeiter 1. Rate 200, Metzger 20, Metallarbeiter 1000, Schuhmacher 200, Handels- und Transportarbeiter 50, Hutmacher 25, Fabrikarbeiter 500, Schneider 200 Mt. Bremerhaven: Seefente 500 Mt. Leipzig: Maurer 3000, Zimmerer 200, Bauhilfsarbeiter 200, Köpfer 1. Rate 100 Mt. Kiel: Zimmerer 1. Rate 200 Mt. Köln: Metallarbeiter 500, Verein freier Gast- und Schankwirte 500 Mt. Breslau: Maurer 300 Mt. Flensburg: Gewerkschaftskartell 1700 Mt.

Das sozialdemokratische „Hamburger Echo“ kann in seinen beiden letzten Ausgaben vom 22. und 23. Dezember folgen e Wahlbeiträge von den „freien“ Gewerkschaften bringen: Aus Bremerhaven von den Maurern 300 Mt. Ferner vom Zentralverband der Zimmerer, Ueberweisung an den Parteivorstand: 5000 Mt. für die Reichstagswahl. „Nur so frisch fröhlich weiter,“ schreibt das „Echo“ zu ersterer Nachricht. Ja, nur so weiter, dann werden endlich auch die Arbeiter, die an die Neutralitätsbestimmungen der freien Gewerkschaften glauben, doch nachdenklich werden. Nur so weiter! In Berlin sind bisher seitens der Gewerkschaften die Beiträge ziemlich spärlich eingegangen. Als einzige größere Rate hat der Zentralverband der Töpfer 500 Mt. beigefeuert. Von den organisierten Bräuern sind 300 Mark abgeliefert worden. Die Gesamtzahl der Gewerkschaftsbeiträge für den Kreis Barmen beträgt über 6000 Mt.

Trotz alledem wird es aber hier und da noch immer „freie“ Gewerkschaftsagitatoren geben, die die Freiheit besitzen, ihre Gewerkschaften als „neutral“ anzupreisen, um auf diese heuchlerische Weise andersgesinnte Arbeiter in ihre Netze zu locken.

Mehr Arbeiterschutz.

Die Unfälle in der Eisen- und Stahlindustrie sind mit die zahlreichsten von allen Gewerben. Es soll mit diesen Zeiten nur nicht eine vollständige Uebersicht von sämtlichen Unfällen gegeben werden, vielmehr soll eine ganz besondere Art von Unfällen hier einmal unter die Lupe genommen werden. Da sind vor allem die Werkstätten, in denen Dreh-, Fraiß-, Bohr-, kurz alle Maschinarbeiten hergestellt werden. Eine der größten Gefahren für das Leben des betreffenden Arbeiters, abgesehen von einer Menge anderer Gefahren, ist das Auflegen der Riemen auf die Transmissionscheiben. Zwar besteht ja die Vorschrift, daß Riemen von mehr als 40 Millimeter Breite nicht während des Ganges aufgelegt werden dürfen. Es soll vielmehr der Antriebsmotor oder Maschine stillgesetzt, und der Riemen soll — wie der Ausdruck bei den Arbeitern lautet — von Hand aufgezogen werden. Aber nur in den seltensten Fällen geschieht dieses. Sehr häufig ist die Hasterei und Treiberei in diesen Werkstätten so groß, daß an ein Stillsetzen der Betriebsmaschine nicht zu denken ist, in Betrieben mit Motorbetrieb ist dieses schon eher möglich. Statt die Maschinen stillzusetzen, wird alles mögliche versucht, um den Riemen während des Ganges der Maschine aufzulegen. Das Resultat aller dieser Bemühungen ist sehr oft, daß der betreffende Arbeiter um die Transmissionswelle geschleudert wird. Gewöhnlich bleibt der Arbeiter tot auf der Stelle, oder er ist für Zeit seines Lebens ein Krüppel.

Natürlich soll der Arbeiter dieses dann selbst verschuldet haben. Auf den ersten Augenblick scheint es ja auch so. In Wirklichkeit ist es jedoch anders, geht man der Sache einmal auf den Grund, wird man finden, daß die Ursache darin liegt, weil die Akkordpreise der zu bearbeitenden Stücke zu knapp bemessen sind und daher der Arbeiter jede Minute ausnützen muß, um einen in etwa auskömmlichen Lohn zu verdienen. Zieht man ferner den Wechsel des Werkzeuges in Betracht und noch andere Zufälligkeiten, die sich nun einmal nicht vermeiden lassen, welche alle einen Zeitverlust bedeuten, wird man es verstehen können, wenn der Arbeiter bestrebt ist, derartige Hindernisse so schnell wie möglich zu beseitigen. Denke man sich einmal in die Lage hinein. Dem Arbeiter ist aus vorstehend angeführten Gründen schon ein großer Zeitverlust entstanden, man fällt ihm zu allem Ueberfluß auch noch der Riemen von der Arbeitsmaschine zur Transmissionscheibe herunter. Wollte er nun erst alle die Formalitäten erfüllen, könnte er dieses nur durch einen neuen Zeitverlust, der für ihn gleichzeitig Lohnausfall bedeutet. Können wir dieses nun auch nicht gut

heißen, so können wir aber auch nimmermehr nur den Arbeiter allein verurteilen.

Aus dem Gesagten ergibt sich, daß in den Arbeiterschutzbestimmungen eine Lücke ist.

Wir fordern auf diesem Gebiete bringend bessere Bestimmungen. Entweder muß hier ein Werkzeug geschaffen werden, mittels dessen es möglich ist, die abgefallenen Riemen ohne Lebensgefahr aufzulegen. Oder aber, daß die gesetzlichen Bestimmungen durchgeführt werden. Diese Bestimmungen können aber erst dann durchgeführt werden, wenn die Arbeiterpartei des betreffenden Werkes gut organisiert ist, um dadurch einen Druck auf die Werkleitung auszuüben, die Lohn- und Arbeitsbedingungen so zu gestalten, daß es dem Arbeiter möglich ist, einen auskömmlichen Lohn zu verdienen, ohne die gesetzlichen Schutzbestimmungen zu verletzen. Denn die schärfsten Arbeiterschutzgesetze nützen uns nichts, wenn sie nicht befolgt werden können. Also Kollegen, auch hierauf müssen wir unser Augenmerk richten, um in dieser Beziehung Abhilfe zu schaffen.

Soziale und gewerkschaftliche Rundschau.

Zur Reichstagswahl!

Am 13. Dezember wurde der Reichstag aufgelöst. Die Neuwahlen sind für den 25. Januar anberaumt. Der Wahlkampf hat bereits auf der ganzen Linie eingesetzt. Bei der diesmaligen Festigkeit desselben besteht in erhöhtem Maße die Gefahr, daß mancherorts unsere Gewerkschaftsbewegung in den Wahlkampf hineingezogen wird. Wir verweisen daher auf das Folgende:

Die christlichen Gewerkschaften sind nach ihrem Programm interkonfessionelle und politisch unparteiische Organisationen. Dieser Charakter unserer Bewegung muß zu allen Zeiten respektiert werden. Daher darf auch beim bevorstehenden Wahlkampf weder die Gewerkschaftspressung in den Dienst bestimmter Parteien sich stellen, noch darf in Berammungen parteipolitische Propaganda geduldet werden.

Die Befolgung dieser Grundsätze hindert jedoch die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften nicht, außerhalb ihrer Verbände energisch ihre Pflichten als Staatsbürger wahrzunehmen. Nichts wäre verkehrter, als wenn die Arbeiter ihre Tätigkeit bloß auf das wirtschaftliche Gebiet beschränkten; die Gesetzgebung muß vielmehr bei allen sich bietenden Anlässen zu gunsten der unteren Volksklasse beeinflusst werden, denn diese bedürfen der Staatshilfe am dringendsten. Und ein solcher Anlaß ist in hohem Maße die Reichstagswahl. Wir erwarten daher, daß unsere Mitglieder sich außerhalb der Gewerkschaften in den bürgerlichen Parteien, denen sie angehören, energisch betätigen und für die Zusammensetzung eines Reichstages Sorge tragen helfen, der im Sinne der Bestrebungen der christlichen Gewerkschaften zu wirken gewillt ist.

Der Vorstand des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands.

Mitteilung an die Verbindungen der nationalen Arbeiter, Arbeiterinnen, Gehilfen, Bediensteten und Angestellten Deutschlands.

Aus Anlaß der am 25. Januar 1907 stattfindenden Reichstagswahlen hat der unterzeichnete Ausschuss den Beschluß gefaßt, den für die Tage vom 20. bis 22. Januar angeordneten

Deutschen Arbeitertag

zu vertagen. Der Ausschuss wird im Februar erneut zusammentreten, um den endgültigen Zeitpunkt für die Abhaltung des Kongresses zu bestimmen. Aller Voraussicht nach findet der Kongress erst im Spätsommer statt.

Mit deutschem Gruß!

Der Ausschuss
des deutschen Arbeiter-Kongresses.

J. A. : Franz Behrens, Vorsitzender.

Krupp'sche Wohlfahrt.

Auf der Krupp'schen Alfred-Friedrich-Hütte in Rheinhauten wurde nach uns gewordenen Mitteilungen den etwa 150 Arbeitern des Stabeisenmagazins eine sondersbare Feuerzulage und Weihnachtsbescherung zu teil. Ihr bisheriger Lohn wurde gemäß den Angaben beteiligter Arbeiter von 4,80 Mt. auf 4,00 Mt. heruntergesetzt. Also eine empfindliche Lohnreduzierung von 16 2/3 Prozent und das in der gegenwärtigen Zeit der Teuerung. Als kürzlich die Erbin des Krupp'scher

Arbeitsvermögen betratete und bei diesem Anlaß eine Millionenstiftung zu Wohlfahrtszwecken machte, hätte es lieber von lobender Anerkennung für diese Tat. Wie wollen sie nicht herabmindern, aber müssen doch fragen, ob es bei einem Jahresgewinn von 38 Millionen Mark notwendig ist, den Arbeitern noch Lohnabzüge in vorstehender Weise zuzumuten. Leider haben es die hier in Betracht kommenden Arbeiter nicht für nötig gehalten, sich durch Anschluß an ihre Berufsorganisation vor solchen Wohlwahrtsbesicherungen zu sichern. Daß sie jetzt wehrlos sind und sich großem Unvermeidlichem fügen müssen, haben sie sich selbst zuzuschreiben.

Der Gewerbeverein der Heimarbeiterrinnen Deutschlands

hat sich seit Jahresfrist, nach der Deutschen Heimarbeit-Ausstellung in Berlin, kräftig entwickelt. Der Mitgliederstand der Organisation ist auf 4000 gestiegen; die Zahl der Ortsgruppen, die sich seit Frühjahr 1906 um 12 vermehrt hat, beträgt 38 in 21 Orten (7 in Berlin, 2 in Breslau, je eine in Aachen, Burgmalen, Darmstadt, Dortmund, Düsseldorf, Erfurt, Frankfurt a. M., Frankfurt a. O., M. Gladbach, Halle, Hamburg, Hannover, Harb., Kassel, Köln, Königsberg, i. Pr., Leipzig, Meise, Neus, Oberkirchen, Polen, Rheidt, Rummelsburg, Speisingen, Steffin, Straßburg i. E., Stuttgart, Wiedrahberg). Verschiedentlich sind Abschlüsse von Tarifverträgen getätigt (Kassel, Königsberg, Breslau usw.), die namhafte Lohnbesserungen gebracht haben. Aus allen Teilen des Reichs und aus den verschiedensten Industrien kommen beständig Wünsche an die Zentrale, die Organisation der Heimarbeiterrinnen in die Hand zu nehmen. Wir wünschen unseren wackeren Mitarbeiterinnen noch weitere gedeihliche Erfolge und Fortschritte.

Die reumütigen Sünder.

Die Kirch-Dundern wollen sich jetzt bessern und religiös neutral werden. In verschiedenen Äußerungen haben sie dies schon der Welt kund und zu wissen getan. Auch der Vorstand des S.-D. rheinisch-westfälischen Ausbreitungsverbandes hat das Bedürfnis dazu gehabt. In einer Erklärung in der Wö. Arbeiter-Post steht besagter Vorstand nicht an, alle Äußerungen, die von Gewerbevereinen gegen die Religion gefallen sein sollten, „lebhast zu bedauern und dieselben auf das Schärfste zu verurteilen“. Und mit diesem wird verichert, „die Gewerbevereine... müßten sich grundsätzlich nicht in die Streitigkeiten bezüglich der Konfession und der religiösen Anschauung“.

Das sind leere Redensarten, weiter nichts. Denn wie steht damit im Einklang die konfessionelle Hege, die von den Kirch-Dundern bei den Gewerbevereinen wählen in Eisen und Kupfer noch in letzter Zeit betrieben wurde? Wie läßt sich damit vereinbaren die fortwährende beharrliche Gegeneinanderhegung der „Krisis-Konfessionen im „Regulator“? Ist das keine Einmischung in die Streitigkeiten der Konfessionen, wenn der „Regulator“ in Nr. 44 sich folgende Hege leiht?

„Dieser evangelische Pöbel möge einmal darüber nachdenken, wie die römische Kirche die evangelische Kirche als Hege bezeichnet, dann kann er es sich an seinen 10 Fingern abrechnen, welchen Eindruck es bei seinen evangelischen Zuhörern machen mußte, als er so warm für den Vorspann des Zentrums (d. römischen Kirche) die christlichen Gewerkschaften eintrat. Wie heißt es doch: „Wer die allergrößten Räuber, wählen ihre Wegger-Kinder“.

Also auch der evangelische Herr Küster rühmt die „christlichen“ Zentrums-Gewerkschaften wählen, die evangelischen Arbeiter gehen zu den Gewerbevereinen, wo sie nicht Hege genannt werden, sondern wo auch ihre Religion geachtet wird.“

Als wir dem religiös-neutralen „Regulator“ angedeutet dieser nichtwichtigen Verheißung auf die Finger klopfen, hat er das Spiel noch in mehreren Nummern weiter getrieben. Mit der Miene des erkappten Spitzhubs fragte er nach, ob „benn ein Katholik nicht auf den Gegensatz zwischen Rom und Wittenberg hinweisen dürfte?“. „Nennt die allein seligmachende römisch-katholische Kirche das Protokoll nicht Hege?“. So wörtlich der „Regulator“ in seiner Nr. 49, Jahrgang 1906, also noch vor drei Wochen. Sogar die Unterstufende bei Kinderziehung und Mädchen schlüsselt er bei der Gelegenheit noch an den Säulen herbei.

Bis heute hat noch niemand von den Gewerbevereinen, auch der Vorstand des rheinisch-westfälischen Ausbreitungsverbandes dagegen protestiert. Letzterer, der überhaupt als Zeitung der S.-D. Gewerbevereine nicht anerkannt werden kann, mag deshalb in viele Erklärungen L's lassen, wie er will, anstandslos der tatsächlichen Haltung der Kirch-Dundern Organe sind dieses nur leere Redensarten, wozu nichts mehr zu sagen ist.

Streife und Lohnbewegungen.

Die Schwarzwälder Uhrenarbeiter stehen in einer Lohnbewegung.

Wochum. Westfälisches Stahlwerk in Wochum für Normer gesperrt.

Zugung ist ferngehalten.

Bekanntmachung.

Zur Auszahlung der Gewerbslosenunterstützung bei Arbeitslosigkeit und Krankheit.

1. Die Unterstützungen nach § 7 des Statuts treten mit dem 1. Januar 1907 in Kraft; für alle Mitglieder, welche ein volles Jahr dem Verbandsverband angehören, und im letzten Jahre den Verbandsbeitrag von 30 Pfg. pro Woche (weiblich und jugendlich 25 Pfg.) bezahlt haben.

2. Unterstützung darf nur denjenigen Mitgliedern ausbezahlt werden, welche nicht mit ihren Beiträgen rezessieren. Wer 8 Wochen mit Beiträgen im Rückstande ist, kann, auch durch Nachzahlung der Beiträge, für den zur Zeit vorliegenden Unterstützungsfall keine Unterstützung erhalten. Seitens der Ortsgruppenleitungen sind von Zeit zu Zeit in den Mitgliederversammlungen die Kollegen dahin zu belehren, daß es nur allein in ihrem Interesse liegt, die Beiträge pünktlich zu entrichten, damit sie ihre Ansprüche nicht verlustig gehen. Wer trotz aller Mahnung dieses nicht beachtet, hat sich spätere Verluste selbst zuzuschreiben.

3. Die Unterstützung, für Arbeitslosigkeit, Krankheit, Wanderunterstützung und Umzugsunterstützung wird gegeneinander aufgerechnet und darf laut Statut insgesamt betragen im ersten Jahre, also ab 1. Januar 1907 120 Mark. Diese Summe steigt mit jedem weiteren Jahre der Mitgliedschaft um 20 Mk. bis zur Höchstgrenze von 200 Mark. Ist diese Summe erhoben, hat wieder eine Karenzzeit von 52 Wochen einzutreten. Die Unterstützung bei Arbeitslosigkeit wie bei Krankheit wird bis zur Dauer von 20 Wochen gewährt. Bei Arbeitslosigkeit tritt die Unterstützung nach der ersten Woche (7 Tagen), bei Krankheit nach der zweiten Woche (also 14 Tagen) in Kraft. Der Beginn der Arbeitslosigkeit oder Krankheit gilt von dem Tage an, wo sich das Mitglied beim Ortsvorsitzenden gemeldet hat. Das Mitglied, welches auf Unterstützung Anspruch erhebt, hat sein Mitgliedsbuch sowie Krankenattest, bei Arbeitslosigkeit die Karte zur Invalidenversicherung vorzulegen.

4. Die Vorstände der Ortsgruppen, haben auf besonderen von der Zentrale zu beziehenden Formulare, jede Woche die einzelnen Fälle der Zentrale zur Anzeige zu bringen. Die Auszahlung der Unterstützung hat nur auf Anweisung der Zentrale zu erfolgen.

5. Die Gewerbslosenunterstützung (bei Arbeitslosigkeit und Krankheit) beträgt bei einer Mitgliedschaft von

	pro Tag, pro Woche, für männliche	pro Tag, pro Woche, jugendl. u. weibl. Mitgl.
52 Wochen	1,00 Mk.	0,50 Mk.
104	1,17	0,58
156	1,33	0,67
208	1,50	0,75
260	1,67	0,83

6. Jede ausgezahlte Unterstützung ist dem Mitgliede mit Zinse ins Mitgliedsbuch einzutragen. Ist ein Ersatzbuch notwendig, so ist die Summe der jetzigen Unterstützung, ebenfalls in das neue Mitgliedsbuch zu übertragen. Jeder Kassierer hat, bevor derselbe Unterstützung auszahlt, sich davon zu überzeugen, ob das Mitglied ausgemittelt, d. h. ob es die im Statut vorgesehene Unterstützungssumme schon erhalten hat; im letzteren Falle darf keine weitere Unterstützung irgend welcher Art mehr ausbezahlt werden.

7. Die laufenden Beiträge sind von den auszahlenden Unterstützungen stets in Abzug zu bringen. Die Aufrechnung der Unterstützungen geschieht in der Weise, daß von dem jeweiligen Erhebungstage an, 51 Wochen zurückgerechnet, die im Statut vorgesehene Unterstützungssumme in der Höhe von 120 (nach 5 Jahren 200 Mark) für Gewerbslosen-, Umzugs- und Wanderunterstützung erreicht ist. Ist diese Summe einem Mitgliede in der im Statut festgelegten Zeit ausbezahlt, so tritt wieder eine Karenzzeit von 52 Wochen in Kraft, während dieser Zeit das Mitglied keine Unterstützung beanspruchen kann.

8. Zur Kontrolle muß jedes erwerbsunfähige Mitglied für die Dauer der Gewerbsunfähigkeit all-

wöchentlich den Nachweis führen, daß die Erwerbsunfähigkeit fortbesteht, mit Ausnahme derjenigen, die in einer Heilanstalt untergebracht sind.

9. Diejenigen erwerbsunfähigen Mitglieder, denen der Arzt das Ausgehen gestattet hat, haben sich der für arbeitslose Mitglieder vorgeschriebenen Kontrolle zu unterziehen. Die übrigen erwerbsunfähigen Mitglieder müssen von den Ortsverwaltungen oder durch besondere Kommissare wöchentlich kontrolliert werden. Die Vorstände der Ortsgruppen haben entweder selbst oder durch Vertrauensmänner dieses ausführen zu lassen. Die Ortsvorstände haben über die einzelnen Unterstützungsfälle eine Liste zu führen, worin Buchnummer, Name, Beruf, Anfang und Ende der Erwerbsunfähigkeit einzutragen, ebenso die jeweilige Unterstützungssumme, welche das Mitglied erhalten hat, einzutragen und vom Empfänger zu quittieren ist.

10. Den Ortsvorständen wird die Beobachtung vorstehender Bestimmungen zur strengsten Pflicht gemacht. Für Schäden, welche dem Verbandsverband durch Nachlässigkeit oder Außerachtlassung der statistischen Bestimmungen oder der Geschäftsabwicklung, sind dieselben persönlich haftbar.

Der Vorstand, J. B. Wleber.

An die Ortsgruppen-Vorstände.

Sofort müssen die Zählkarten zur Arbeitslosen-Statistik eingeleitet werden, wo dies bis jetzt noch nicht geschehen ist. Keine Ortsgruppe darf fehlen.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im Voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag den 6. Januar der zweite Wochen-Beitrag 1907, für die Zeit vom 6. bis 13. Januar 1907 fällig.

Nicht abgerechnet vom 3. Quartal haben die Ortsgruppen: Dresden, GutsMuths, Meinfelden, Speyer, Schneebek, Tutzingen.

Markenzahl und Markenbestand nicht richtig angegeben haben: Bremen, Burscheid, Bahental, Bürstadt, Annen, Düren, Darmstadt, Eppstein, Furtwangen, Frankfurt a. M., Gladbach, Kaitowitz, Lohme, Mühlhausen i. E., Neuz, Ratingen, Rorheim, Ravensburg.

Einnahmen und Ausgaben der Lokalkasse nicht richtig angegeben haben: Augsburg, Burscheid, Bahental, Bürstadt, Annen, Düren, Eppstein, Frankfurt, Förde, Kaiserslautern, Lohhausen, Lohme, Mühlhausen i. E., Neumarkt, Neuz, Oldenburg, Rheidt, Rorheim, Markt-Redwitz.

Die Quartalsabrechnung läßt bei manchen Ortsgruppen noch viel zu wünschen übrig. Es wird deshalb nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß sämtliche Rubriken des Abrechnungsformulars auf das genaueste und vollständig ausgefüllt werden müssen.

Die Verbandsleitung.

Jedes Mitglied, das arbeitslos wird, hat sich sofort beim Vorsitzenden oder Kassierer der Ortsgruppe zu melden, auch wer nicht unterstützungsberechtigt ist.

Die Ortsgruppen Brand und Mülheim erhalten hiermit die Genehmigung zur Erhebung eines Lokalbeitrages von 10 Pfg. wöchentlich.

Die Ortsgruppe Seidelberg die Genehmigung zur Erhebung eines solchen von 5 Pfg. wöchentlich ab 1. Januar 1907.

Die Nichtbezahlung hat die Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Das Protokoll der vierten Generalversammlung in Aachen ist erschienen, Dem Protokoll ist eine Darstellung der Geschichte und Entwicklung unseres Verbandes vorangestellt, sodas es dadurch noch wertvoller und lehrreicher wird. Jeder Verbandskollege soll sich in den Besitz eines solchen setzen, um sich über den wichtigen Inhalt desselben genau zu informieren. Für Mitglieder beträgt der Preis pro Exemplar 30 Pfg., im Buchhandel und für Nichtmitglieder 1 Mark.

Diesigen Ortsgruppen, die noch keine Poststellungen bei der Zentrale eingereicht haben, mögen dieselben jetzt sofort machen, damit der Versand möglichst einseitlich erfolgen kann.

Reisenunterstützung darf nur an Mitglieder ausbezahlt werden, die im Besitz des Mitgliedsbuches und einer ordnungsmäßigen, von der Zentrale geleisteten Preislegitimation sich befinden.

Es ist in letzter Zeit vorgekommen, daß auf plump gefälschte Mitgliedsbücher und mit Klebstift geschriebene Reiselegitimationen, nicht bloß Wanderunterstützung, sondern sogar Maßregelungsunterstützung ausbezahlt worden ist. Die Ausgabler von Unterstützungen haben sich genau an das Statut zu halten. Wo Schwindler sich Unterstützung auf Grund falscher Papiere erschwindeln wollen, übergebe man dieselben der Polizeibehörde. Maßregelungs- und Arbeitslosenunterstützung darf nur auf Anweisung der Zentrale ausbezahlt werden.

An zureisende bezugsberechtigte Mitglieder darf grundsätzlich nur die im Statut festgesetzte Wanderunterstützung ausbezahlt werden.

Agitationsbezirk Hamm. Die Adresse der Geschäftsstelle des Agitationsbezirks Hamm ist E. Weinbrenner, Hamm, Joststraße 12.

Das christliche Gewerkschafts-Sekretariat für Bayern befindet sich jetzt München, Westermühlstraße 18/1, Telefon 2462. Ferner sind daselbst die Sekretariate der christlichen Holzarbeiter und der christl. Bauhandwerker.

Aus dem Verbandsgebiet.

Nachen. Eine Konferenz, zu der alle Ortsgruppen und Zahlstellen der christlichen Berufsorganisationen des Nacher Bezirks ihre Vertreter entsandt hatten, beschloß am 16. Dezember einstimmig die Gründung eines Bezirkskartells für den Nacher Bezirk. Das Statut wurde ebenfalls einstimmig angenommen und sind nach demselben alle Ortsgruppen und Zahlstellen des Nacher Bezirks verpflichtet, sich demselben anzuschließen. Die Beiträge, 40 Pfg. pro Mitglied und Jahr sind vom 1. Januar 1907 an in vierteljährlichen Raten im Voraus zahlbar, an das Bezirkskartell abzuliefern.

Die Statuten werden den einzelnen Ortsgruppen und Zahlstellen in den nächsten Wochen zugehen.

Der am 16. Dezember 1906 gewählte Vorstand hat sich folgendermaßen konstituiert: Mathias Klüttgen, 1. Vorsitzender; Heinrich Wolfs, 1. Kassierer und Peter Hasch, 1. Schriftführer.

Alle schriftlichen Angelegenheiten sind an Kollege Klüttgen und alle Geldsendungen an Kollege Wolfs, beide Nachen, Pionstraße 56 zu richten.

J. M. des Vorstandes:
M. Klüttgen, Vorsitzender.

Dortmund. Recht traurige Verhältnisse herrschen auch hier noch in den Betrieben verschiedener Werke der Eisenindustrie. Auf den größten hiesigen Werken ist die Ueberarbeit, das Sechsbunddreißigmachen und Sonntagsarbeiten den Arbeitern vollständig in Fleisch und Blut übergegangen. Nicht genug damit, daß bei wirklich notwendigen Arbeiten das Tag- und Nachtschichten vorkommt, nein, es wird von seiten dieser Leute sogar um Ueberstunden und Sonntagsarbeit bei den Meistern gebeten. Hat ein Gewerkschaftler den Mut, die Leute auf das Unsinnige ihrer Handlungsweise aufmerksam zu machen, so kann er noch eine Tracht Prügel erwarten. Arbeiter, was ist die Folge eurer Handlungsweise, eurer Ueberarbeiterei? Um eure erschöpfenden Kräfte aufzurichten, wird Schnaps getrunken und was ist der Schnaps in diesem Falle eurem Körper? Das reine Gift! Wie ein Rarregaul durch einen Peitschenhieb noch mal etwas auf die Beine gebracht wird, so wirkt der Schnaps auf euren Körper. Kommt ihr ermattet nach Hause, so werden die Kinder, denen ihr nicht nur Ernährer, sondern auch Erzieher sein sollt, achtlos und mürrisch betteite geschoben. Von erfrischendem Schlaf kann kaum die Rede sein; das ist mehr ein totenähnliches Einsinken. Beim Erwachen liegt es bleischwer in allen Gliedern. Das Essen wird, wenn man überhaupt etwas essen kann, ohne jeden Geschmack heruntergewürgt. Arbeiter, glaubt ihr denn, euer Körper sei unverwundlich? Geht in die Krankenhäuser, in die Lungenheilstätten, dort könnt ihr Euresgleichen sehen, die vielleicht vor einem Jahr noch so handelten wie ihr und heute wandelnde Leichen sind!

Gewiß, ihr habt einen geringen Tagelohn, aber was kann es denn nützen, einige kurze Jahre ein solches Leben zu führen und dann Zeitelbens dem Siechtum verfallen zu sein? Arbeiter, euer ganzes Kapital ist eure Arbeitskraft; ist diese zerrüttet, so seid ihr euch selbst und der Allgemeinheit eine Last! Es gibt nur eine Möglichkeit, um mit der Arbeitskraft sparsamer vorzugehen. Ihr müßt eure Arbeitskraft so teuer wie möglich verkaufen, das heißt, ihr müßt versuchen in kürzester Arbeits-

zeit, auch ohne Ueberstunden, so viel zu verdienen, daß ihr anständig leben könnt. Einem einzelnen ist das nicht möglich, sondern vereint, zusammengeschlossen in der gewerkschaftlichen Organisation, werdet ihr dieses Ziel erreichen! Darum endlich einmal aufgewacht; besinnt euch eurer Pflicht!

Auch auf einem kleineren hiesigen Werke, Großmann, einer früheren Domäne der Hirsch-Dücker, herrschen gleichfalls traurige Zustände. So besteht dort noch die 11stündige Arbeitszeit, Außerdem werden noch tüchtig Ueberstunden gemacht, jedoch Montags und den Tag nach Vohntag gekürzt. Der Fufel spielt auch hier natürlich eine große Rolle. Bei solchen Zuständen ist allerdings ein Arbeiter nicht in der Lage, die Gewerkschaftsbeiträge zu erschwingen, das dazu nötige Geld wird in Alkohol angelegt. Der Arbeiter läßt sich lieber skandalisieren, wartet am Bahltage eine ganze Stunde auf sein Geld, brischt sozialdemokratische Schlagworte, trinkt seinen Wutli und das andere ist ihm alles Wurscht. Hier an einem Beispiel der Unterschied zwischen organisierten und nichtorganisierten Arbeitern: Bei der Firma B. u. Comp. Dortmund wurden diesen Sommer die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter vorstellig. Es wurde für den Samstag die neunstündige Arbeitszeit bei zehnstündiger Bezahlung erreicht. Das macht pro Kopf des Arbeiters bei 40 Pfg. Stundenlohn 20,80 Mk. im Jahr. Weiter wurde die Löhnung von Samstag auf Freitag verlegt, sowie verschiedene Mißstände beseitigt. Dieses wurde für die Abteilung II (Bauschlosserei) durchgeführt, weil diese Arbeiter fast alle organisiert waren. Nun versuchten es auch die Arbeiter der Abteilung I, (Geldschrankbau) obiges zu erreichen. Weil aber nicht organisiert, erhielten sie von der Firma den Bescheid, daß die Löhnung gleichfalls auf Freitag verlegt werde und wer Samstags eine Stunde früher gehen wolle, der könne gehen, bezahlt wird's nicht. Nachdem in dieser Abteilung die Löhnung zweimal am Freitag stattgefunden, wurde auch dieses wieder aufgehoben, weil? Nun ja! Weil 1. am Samstag fast alle zu gut Deutsch, unzurechnungsfähig, und 2. weil von den annähernd 200 Arbeitern höchstens 10 organisiert waren.

Das ist der klaffende Unterschied zwischen einem Betrieb mit organisierten und einem mit unorganisierten Arbeitern. Solche Beweismittel können schließlich doch auch dem Dummsten den Nutzen der Organisation begreiflich machen. Darum Metallarbeiter Dortmunds, zögert nicht mehr länger und reicht uns die Bruderhand im christlichen Metallarbeiterverband.

Trier. Wir hatten in Nr. 51 des vorigen Jahrgangs eine Meldung der „Baugewerkschaft“ wiederzugeben, nach welcher der Herr Bezirkspräsident der kathol. Arbeitervereine von Trier Piarrre Stein einer Kommission gegenüber sich als Freund der christlichen Gewerkschaften ausgesprochen habe. Wie Herr Stein nun in einer Zuschrift an den Berliner „Arbeiter“ darlegt, muß diese Meldung nicht den Tatsachen entsprechen. Er stehe nach wie vor auf den Standpunkt des Berliner Verbandes, also der Fachabteilungen. Auf jener Seite leet man aufscheiend West darauf, daß die Deffentlichkeit über den guten Willen zur weiteren Zersplitterung der christlichen Arbeiterkraft ja nicht im Unklaren ist. Wären sie also nur fortwärteln, bis sie mit ihrer Almosen-Politik durch St. Vinzenzvereine von selbst abgewirtschaftet haben.

Heidelberg. In unserer am 30. Dezember 1906 stattgefundenen Generalversammlung wurde beschlossen, den Sitz der Zahlstelle von Weiblingen nach Heidelberg zu verlegen. Es ist das im Interesse einer besseren Agitation und einheitlichen Verwaltung zu begründen. Des Weiteren wurde ein Beschlus gefaßt, vom 1. Januar an einen Lokalbeitrag von 5 Pfg. wöchentlich zu erheben. Bei der gekürzten Vorstandswahl wurden gewählt: Kollege Mich. Hörst, Römerstraße 47, als Vorsitzender; Joh. Hölzer, Fahrgasse 13, als Kassierer; Georg Junker, Bergheimerstraße 131, als Schriftführer und die Kollegen Josef Schwarz und Peter Berich als Revisoren. Nun frisch an die Arbeit, christliche Metallarbeiter von Heidelberg und Umgebung! Unermüdlia araitieren, damit unsere Zahlstelle am Schlusse dieses Jahres über einen schönen Fortschritt berichten kann.

(Anm. der Red.: Es ist schon oft darauf hingewiesen worden, daß die Zahlstellen doch gleich einen Lokalbeitrag von 10 Pfg. beschließen möchten, nicht darunter. Das ist besser zur Einklassierung wie zur Abschneidung und albt auch schließlich nicht mehr Widerstand zu überwinden, als bei einem Beschlus von 5 Pfg. Es wird auch überall sehr leicht zu ermöglichen sein, wo die Ortsgruppenleitungen in der richtigen Weise darauf hingearbeitet haben. Die Ortsgruppen, welche noch keinen

Lokalbeitrag haben und einen solchen hoffentlich bald einführen werden, sollten dieses nicht außer acht lassen.

Böhrenbach. Um die gemeinsame Aktion der christlichen Gewerkschaften und konfessionellen Arbeitervereine in der empfohlenen Weise durchzuführen, hatten wir hier am 16. Dezember eine gemeinsame Versammlung der genannten Organisationen einberufen, die ziemlich gut besucht war. Kollege Giesler-Freiburg behandelte als erster Redner das einschlägige Thema und appellierte an die christlichen Arbeiter, in beiden Organisationen Mitglied zu sein und ihre Pflichten dort zu erfüllen. Der Herr Präses des Arbeitervereins hielt hierauf eine eindrucksvolle Ansprache an die Versammlung, in welcher die große Bedeutung der christlichen Arbeiterbewegung treffend zu schäubern verstand. Die konfessionellen Arbeitervereine seien zur Erhaltung und Stärkung der religiösen Ideale unbedingt notwendig. Dergleichen müßten aber auch die christlich-gesinnten Arbeiter den christlichen Gewerkschaften angehören, um wirtschaftlich nicht tiefer heruntergedrückt zu werden. Die schon verlaufene Versammlung endete mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die christliche Arbeiterbewegung Deutschlands.

Christliche Arbeiter von Böhrenbach! Jetzt gilt es aber auch, praktische Kleinarbeit zu leisten. Mit Begeisterung und brausenben Hochs ist eine Arbeiterbewegung nicht allein vorwärts gebracht. Die praktischen Taten müssen gleichzeitig mit einhergehen. Darum zieht die Konsequenzen aus dem in der Versammlung Gehörten! Werdet alle Mitglieder der christl. Gewerkschaften! Und damit nicht allein genug, sondern betrachtet es als eure heilige Pflicht und vornehmste Aufgabe, unsern Verbands fortwährend neue Mitglieder zuzuführen. Je stärker wir werden, um so mehr Vorteile kann uns die Organisation bieten. Deshalb an's Werk unter der bewährten Parole: Gott segne die christliche Arbeit!

Fulda. Wir hielten am Sonntag, den 16. Dezember eine Versammlung in Petersberg, einem Dorfe unweit Fulda, ab. Dieselbe hatte sich eines guten Besuches zu erfreuen. Als Referent war Kollege Ferges aus Offenbad erschienen. Letzterer behandelte in seinem Vortrag die scharfen Gegensätze zwischen christlicher und sozialdemokratischer Organisation. Wenn es auch auf sozialdemokratischer Seite in Abrede gestellt werde, so sei doch nicht zu verkennen, daß sich zwischen den beiden Organisationsrichtungen ein Kampf um die Weltanschauung vollziehe. Um nun diesen Kampf erfolgreich für die christliche Gewerkschaftsorganisation zu Ende zu führen, sei es vor allen Dingen Pflicht aller noch christlichen Arbeiter, sich unseren Organisationen anzuschließen. Referent ging sodann auch mit der sozialdemokratischen Streitaktik sehr scharf ins Gericht, was den anwesenden Genossen aber schlecht behagte, die unter Führung ihres Chefs und Obergenossen Christian Pyppe erschienen waren. Dieselben suchten sich durch fortwährendes Lachen und Zwischenrufe bemerkbar zu machen, aber da wurde ihnen kurz und bündig gesagt: „Ihr dem vielen Lachen erkenne man die Affen und es sei doch gewiß nicht nötig, sich fortgesetzt auf den Darwinismus zu berufen.“ In der Diskussion suchte Genosse Pyppe den Nachweis zu führen, daß ohne Klassenkampf die Arbeiter nichts erreichen könnten, doch keine Beweisführung war sehr matt. Es war daher dem Referenten ein Leidweß, diese irrigen Anschauungen insofern zu widerlegen, daß der Klassenkampf nur dem Arbeitgebertum zu Gute komme, die Arbeiter aber als die stets wirtschaftlich Schwächeren haben vom Klassenkampf nichts zu erwarten, sondern sie können nur noch tiefer heruntergedrückt werden, da vom materialistischen Standpunkte aus nichts gegen die Macht des Stärkeren einzuwenden werden kann. Die'm materialistischen „Recht des Stärkeren“ kann nur durch die natürlichen Sittengesetze und die christliche Moral ein Halt abgesehen werden: nur so hat man eine Waffe in der Hand, den Arbeitgebern ein „Bissherher“ und nicht weiter zuzurufen. Damit mußte sich der Genossenschaftslinga zufrieden geben und da er nichts mehr erwidern konnte man daraus schließen, daß er am Ende seiner Weisheit angekommen war. Auch der Ortsgeistliche, Herr Pfarrer Müßiam forderte die Anwesenden auf, sich heute den christlichen Gewerkschaften anzuschließen, da dieselben von den hervorragenden evangelischen und katholischen Theologen gebilligt und empfohlen seien. Es wurden dann auch eine Reihe neuer Aufnahmen gemacht. Nachstehende Resolution wurde zur Abstimmung vorgelegt und mit allen gegen zwei Genossenstimmen angenommen:

„Die heute in Petersberg stattgefundenen, gutbesuchte Versammlung des christlichen Gewerkschaftsartells beschloß nach den Ausführungen des Referenten mehr als bisher mit dem Gedanken der christlich-nationalen Arbeiterbewegung zu befaßen. Die Anwesenden verpflichten sich, die christlichen Gewerkschaften durch ihren Beitritt zu stärken und die Arbeiter und Arbeiterinnen, welche in den verschiedenen Berufen

tätig sind, auf die Notwendigkeit einer gewerkschaftlichen Organisation auf der Grundlage des Christentums hinzuweisen."

Hierauf wurde die Versammlung geschlossen, die in ihrem schönen wirkungsvollen Verlauf als ein durchschlagender Erfolg der christlichen Gewerkschaften bezeichnet werden kann.

Gelsenkirchen. Ein blindes Huhn findet auch mal ein Körnchen! In dieses Sprüchlein muß man denken, wenn man den Jubel der Hirsch-Dunderfischen sieht, den sie über den Ausfall einer Fabrikkrankentassenwahl bei der hiesigen Firma Küppersbusch und Söhne aufstimmten. Mit Ach und Krach haben sie hier eine kleine Mehrheit erlangt und schlagen nun wie verunglückte besessene Schalkfische wahre "Wurzeltänze vor Freude. Was jagt der „Deutsche Metallarbeiter" dazu? fragt herausfordernd im Gefühl des Siegers ein Hirsch-Dunder W. P. in der „Westdeutschen Arbeiterpost" Nr. 30. Nun, mitleidig wie wir sind, gönnen wir den Hirsch-Dunder diesen Sieg von ganzem Herzen. Die blinden Hühner wollen doch an leben. Und bei den fortwährenden Menagen der Hirsch-Dunderfische bei allen sozialen Wahlen des letzten Jahres wäre es wirklich eine unverzeihliche Grausamkeit, ihnen nun auch noch diesen Erfolg bei einer Krankentassenwahl mit einigen hundert Stimmen zu mißgönnen. Umso mehr, weil diese Krankentasse jetzt auch zweifelsohne zu einer Musterkasse für ganz Deutschland reformiert wird. Denn die Redaktion der „Westdeutschen Arbeiterpost", Herr Erkelenz, sieht dieses schon voraus und er stimmt in den Siegesjubel mit folgender Fußnote ein:

„Bravo unsern wackeren Gelsenkirchener Kollegen. Nun gilt es den Sieg auszunutzen und eventuell notwendige Reformen in der Kasse zur Durchführung zu bringen." Die armen Tröpfe! Lassen wir ihnen die Freude.

Schramberg. Die Betriebsleitung des hiesigen Emaillewerkes hat einen Arbeiter entlassen, der bereits 16 Jahre auf dem Werke beschäftigt war. Nun wird sich jeder fragen, was hatte denn der Mann Schlimmes verbrochen, daß man denselben jetzt zur kalten Winterszeit brotlos macht? Der betreffende Arbeiter war infolge seines geringen Lohnes bei großer Familie gezwungen, Sonntags und nach Feierabend Nebenarbeit auf dem Werke zu verrichten, wenn er für seine Familie nur den nötigsten Lebensunterhalt haben wollte. Bei seiner beruflichen Tätigkeit an und für sich schon keine leichte, so machten sich bei ihm — hervorgehoben durch das viele Überzeitarbeit — Anfälle von Überanstrengung bemerkbar. Nun war er zweifelnd bis drinmal von der Arbeit fortgeschoben, weil er nicht imstande war, zu arbeiten. Hierbei hatte der Betreffende unterlassen, sich zu entschuldigen. Am andern Tage wurde ihm bedeutet: „für ihn sei keine Arbeit mehr vorhanden!" Bestürzt fragte er nach der Ursache, er habe doch alles getan, was in seinen Kräften gestanden. Tag und Nacht habe er dem Werk seine Kräfte zur Verfügung gestellt. Auch der Hinweis auf seine große Familie half nicht. Das hätte alles eher einen Stein erweichen können, nur nicht die Betriebsleitung des herr. Werkes. Der Arbeiter, der bis zum Unfall dem Werk seine Arbeitskraft zur Verfügung gestellt, ist nun auch "Werk" entlassen!

Hieraus können die Kollegen wieder ersehen, daß gute Stellung, langjähriger großer Pflichterfüller vor ungerechter Behandlung, und wie in diesem Falle vor Brotlosmachung nicht schützt.

Für den neugegründeten Arbeiterverband des Schwarzwaldes bezw. dessen Ausdehnung wäre hier ein ergiebiger Arbeitsfeld, denn durch Praktiken wie die oben geschilderten erzielt man keinen festen, leistungsfähigen Arbeiterstamm. Vielmehr ist eine derartige unübliche Handlungsweise geeignet, die Werke zum Laubenschlage zu machen, sofern sie es noch nicht sind. Nur so weiter auf dieser Bahn und dem letzten Arbeiter des Schwarzwaldes wird es immer mehr zum Bewußtsein kommen, daß nur durch eine starke Organisation derartigen Übergriffen ein Ziel vorgezeichnet werden kann. In Betrieben, wo eine starke Organisation der Arbeiter vorhanden ist, würden sich die Unternehmer wohl hüten, den Arbeitern eine solche Behandlung anzubieten. Der wirkliche Schutz gegen alle Ausbeutung und Ungerechtigkeit ist eine starke Berufsorganisation.

Welschert. Die gut besuchte Mitgliederversammlung am 10. Dezember hatte als Hauptpunkt die Einführung eines Lokalbeitrages auf der Tagesordnung. Eingehende Begründung fand der Antrag durch den 2. Vorsitzenden Kollegen Holzner.

Nach längerer Diskussion, in der sich alle Kollegen warm für den Antrag aussprachen, wurde derselbe beinahe einstimmig angenommen. Auch an dieser Stelle soll lobend hervorgehoben werden, daß

ein Kollege mit kleinem Verdienst und großer Familienwärme für den Antrag eintrat. Durch den Beitrag zum neugegründeten Ortskartell und zum Sekretariat in Wermar sind unserer Lokalkasse erhebliche Lasten aufgebürdet worden, jedoch wir an die Bildung eines Lokalkampffonds nicht denken können. Wie nötig ein solcher Fonds ist, haben gerade die Welschert Kollegen bei der vorjährigen Bewegung erfahren. Jetzt, nachdem wir den 60 Pfennig-Wochenbeitrag eingeführt haben, werden wir auch mehr für den vorgenannten Zweck tun können.

Au alle Kollegen von Welschert, die leider nicht in der Versammlung waren, ergeht der dringende Appell und die Bitte, daß sie gern und freudig dem Beschlusse nachkommen und in Zukunft noch besser wie bisher für unsere gute Sache arbeiten.

Kollegen, noch eins: Besucht besser die Versammlungen und benutzt eifrig die Bibliothek, denn nur so könnt ihr euch schulen, auch Kenntnisse und Schlagfertigkeit gegen eure Gegner aneignen.

Siegburg. Die Kritik der bestehenden Mißstände hat schon in vielen Fällen gute Folgen gehabt. Das haben wir auch hier erfahren können. Im Mai des vergangenen Jahres standen die Arbeiter der hiesigen Rattunfabrik Siegfeld in einer Lohnbewegung und bei der Gelegenheit wurden in einer Versammlung die vielen dort vorhandenen Mißstände einer Besprechung unterzogen. Kollege Engels rügte es hier besonders, daß der Vorstand der Krankentasse mit einer Ausnahme nur aus Meistern bestünde, denen es natürlich nicht darum zu tun und auch zum Teil unmöglich sei, die Interessen der Arbeiter als Kassemitglieder in der notwendigen Weise zu vertreten. Am Tage nach der Versammlung, in welcher dieses zur Sprache gekommen war, wurde Kollege Engels ohne Angabe von Gründen entlassen, obwohl er auf eine mehr als fünfzehnjährige pflichtgetreue Tätigkeit bei der Firma zurückblicken konnte. Doch dieses Opfer im Dienste der Arbeiterklasse ist nicht vergeblich gewesen. Bei der kürzlich stattgefundenen Generalversammlung derselben Krankentasse sind nur Arbeiter in den Vorstand gewählt worden. Wenn diese nun ihre Pflicht als Arbeitervertreter ohne Furcht und Tadel erfüllen werden, dann hat die gute Saat auch ihre guten Früchte getragen. Das haben die Arbeiter aber der Organisation zu verdanken und deshalb sollten es auch alle einsehen, wie nutzbringend dieselbe ist und die Mahnung beherzigen: Schließt Euch bis zum letzten Arbeiter der christlichen Berufsorganisation an!

Gelbeingänge der Hauptkasse.

In der Reihenfolge des Eingangs.

— Monat Oktober: —

- Köln 20,32, Dils 197,05, Nieber-Glöbe 200,25, Ransbach 117,70, Schöten 33,89, Brand 153,88, Kirchg 19,10, S. Adolph 77,2, S. Adolph 35,15, Teuflich 57,90, Schwabach 183,35, Nieber-Glöbe 25,25, S. Adolph 124,22, Amern St. Anton 265,00, K. Adolph 124,43, Rheinböden 46,22, Schweiß 200,—, S. Adolph 55,10, S. Adolph 45,13, Neudorf 57,30, P. Adolph 59,44, Nieber-Glöbe 37,20, Nieber-Glöbe 39,88, Nieber-Glöbe 46,20, Nieber-Glöbe 12,05, Nieber-Glöbe 635,12, Nieber-Glöbe 390,15, Nieber-Glöbe 8,23, Nieber-Glöbe 376,10, Nieber-Glöbe 37,75, Nieber-Glöbe 62,67, Nieber-Glöbe 19,—, Nieber-Glöbe 2,—, St. Adolph 57,75, Nieber-Glöbe 47,25, Nieber-Glöbe 23,52, Nieber-Glöbe 33,—, Nieber-Glöbe 2720,50, Nieber-Glöbe 23,13, Nieber-Glöbe 63,42, Nieber-Glöbe 157,45, Nieber-Glöbe 71,91, Nieber-Glöbe 216,92, Nieber-Glöbe 72,40, Nieber-Glöbe 161,05, Nieber-Glöbe 44,47, Nieber-Glöbe 44,25, Nieber-Glöbe 156,50, Nieber-Glöbe 207,—, Nieber-Glöbe 1308,50, Nieber-Glöbe 164,53, Nieber-Glöbe 239,30, Nieber-Glöbe 35,13, Nieber-Glöbe 191,55, Nieber-Glöbe 31,30, Nieber-Glöbe 593,84, Nieber-Glöbe 335,22, Nieber-Glöbe 193,22, Nieber-Glöbe 80,87, Nieber-Glöbe 23,35, Nieber-Glöbe 22,55, Nieber-Glöbe 773,20, Nieber-Glöbe 224,90, Nieber-Glöbe 114,75, Nieber-Glöbe 190,71, Nieber-Glöbe 2, Quartal 438,53, Nieber-Glöbe 26,10, Nieber-Glöbe 130,33, Nieber-Glöbe 39,37, Nieber-Glöbe 221,26, Nieber-Glöbe 33,23, Nieber-Glöbe 109,32, Nieber-Glöbe 797,33, Nieber-Glöbe 1, 23, 53,10, Nieber-Glöbe 149,55, Nieber-Glöbe 231,50, Nieber-Glöbe 44,25, Nieber-Glöbe 68,33, Nieber-Glöbe 11,55, Nieber-Glöbe 1052,40, Nieber-Glöbe 108,52, Nieber-Glöbe 129,20, Nieber-Glöbe 133,47, Nieber-Glöbe 1014,43, Nieber-Glöbe 44,25, Nieber-Glöbe 340,25, Nieber-Glöbe 66,37, Nieber-Glöbe 26,30, Nieber-Glöbe 51,—, Nieber-Glöbe 649,59, Nieber-Glöbe 59,72, Nieber-Glöbe 133,05, Nieber-Glöbe 29,—, Nieber-Glöbe 1153,92, Nieber-Glöbe 302,20, Nieber-Glöbe 139,63, Nieber-Glöbe 33,23, Nieber-Glöbe 23,75, Nieber-Glöbe 145,13, Nieber-Glöbe 97,80, Nieber-Glöbe 42,50, Nieber-Glöbe 235,30, Nieber-Glöbe 442,44, Nieber-Glöbe 251,35, Nieber-Glöbe 391,51, Nieber-Glöbe 261,03, Nieber-Glöbe 47,15, Nieber-Glöbe 74,37, Nieber-Glöbe 463,—, Nieber-Glöbe 146,17, Nieber-Glöbe 263,30, Nieber-Glöbe 510,35, Nieber-Glöbe 247,93, Nieber-Glöbe 197,63, Nieber-Glöbe 119,32, Nieber-Glöbe 43,37, Nieber-Glöbe 10,30, Nieber-Glöbe 17,93, Nieber-Glöbe 17,70, Nieber-Glöbe 11,93, Nieber-Glöbe 53,03, Nieber-Glöbe 918,50, Nieber-Glöbe 156,23, Nieber-Glöbe 140,35, Nieber-Glöbe 213,25, Nieber-Glöbe 135,15.

November:

- Nieber-Glöbe 1757,55, Nieber-Glöbe 794,53, Nieber-Glöbe 479,—, Nieber-Glöbe 74,33, Nieber-Glöbe 61,37, Nieber-Glöbe 6,73, Nieber-Glöbe 109,30, Nieber-Glöbe 281,55, Nieber-Glöbe 114,65, Nieber-Glöbe 191,65, Nieber-Glöbe 361,34, Nieber-Glöbe 152,97, Nieber-Glöbe 24,33, Nieber-Glöbe 34,23, Nieber-Glöbe 126,25, Nieber-Glöbe 50,—, Nieber-Glöbe 34,32, Nieber-Glöbe 32,49, Nieber-Glöbe 41,32, Nieber-Glöbe 22,55, Nieber-Glöbe 376,03, Nieber-Glöbe 35,40, Nieber-Glöbe 59,70, Nieber-Glöbe 244,32, Nieber-Glöbe 735,35, Nieber-Glöbe 1465,13, Nieber-Glöbe 93,61, Nieber-Glöbe 859,33, Nieber-Glöbe 234,54, Nieber-Glöbe 325,18, Nieber-Glöbe 707,40, Nieber-Glöbe 110,07, Nieber-Glöbe 109,75, Nieber-Glöbe 99,95.

- Nieber-Glöbe 37,55, Nieber-Glöbe 67,15, Nieber-Glöbe 142,53, Nieber-Glöbe 472,90, Nieber-Glöbe 540,13, Nieber-Glöbe 410,10, Nieber-Glöbe 429,35, Nieber-Glöbe 129,37, Nieber-Glöbe 765,27, Nieber-Glöbe 93,50, Nieber-Glöbe 60,30, Nieber-Glöbe 50,50, Nieber-Glöbe 45,75, Nieber-Glöbe 240, Bremen 334,65, Nieber-Glöbe 29,13, Nieber-Glöbe 246,67, Nieber-Glöbe 56,22, Nieber-Glöbe 27,10, Nieber-Glöbe 17,89, Nieber-Glöbe 13,60, Nieber-Glöbe 50,97, Nieber-Glöbe 26,80, Nieber-Glöbe 321,87, Nieber-Glöbe 42,15, Nieber-Glöbe 33,15, Nieber-Glöbe 159,50, Nieber-Glöbe 4, Quartal 300,—, Nieber-Glöbe 1011,63, Nieber-Glöbe 2939,35, Nieber-Glöbe 67,60, Nieber-Glöbe 24,77, Nieber-Glöbe 75,50, Nieber-Glöbe 109,10, Nieber-Glöbe a. M. 477,60, Nieber-Glöbe 47,75, Nieber-Glöbe 174,65, Nieber-Glöbe 9,—, Nieber-Glöbe 542,85, Nieber-Glöbe 363,88, Nieber-Glöbe 211,40, Nieber-Glöbe 23,52, Nieber-Glöbe 190,64, Nieber-Glöbe 61,90, Nieber-Glöbe 629,62, Nieber-Glöbe 515,58, Nieber-Glöbe 50,—, Nieber-Glöbe 1, 2187,55, Nieber-Glöbe 17,20, Nieber-Glöbe 1148,05, Nieber-Glöbe 189,60, Nieber-Glöbe 146,52, Nieber-Glöbe 84,48, Nieber-Glöbe 1500,—, Nieber-Glöbe 227,70, Nieber-Glöbe 22,48, Nieber-Glöbe 164,10, Nieber-Glöbe 133,10, Nieber-Glöbe 403,85, Nieber-Glöbe 94,25, Nieber-Glöbe 1049,13, Nieber-Glöbe 69,70, Nieber-Glöbe 793,94, Nieber-Glöbe 33,69, Nieber-Glöbe 73,61, Nieber-Glöbe 153,65, Nieber-Glöbe 543,87, Nieber-Glöbe 39,35, Nieber-Glöbe 990,—, Nieber-Glöbe 33,60, Nieber-Glöbe 457,68, Nieber-Glöbe 145,70, Nieber-Glöbe 172,95, Nieber-Glöbe 68,22, Nieber-Glöbe 615,50, Nieber-Glöbe 281,25, Nieber-Glöbe 161,50, Nieber-Glöbe 90,55, Nieber-Glöbe 80,90, Nieber-Glöbe 52,30, Nieber-Glöbe 235,52, Nieber-Glöbe 232,55, Nieber-Glöbe 185,60, Nieber-Glöbe 103,92, Nieber-Glöbe 17,60, Nieber-Glöbe 123,55, Nieber-Glöbe 212,66, Nieber-Glöbe 156,35, Nieber-Glöbe 152,80.

Dezember:

- Nieber-Glöbe 91,33, Nieber-Glöbe 57,48, Nieber-Glöbe 154,94, Nieber-Glöbe 31,19, Nieber-Glöbe 35,50, Nieber-Glöbe 251,87, Nieber-Glöbe 180,70, Nieber-Glöbe 470,85, Nieber-Glöbe 214,73, Nieber-Glöbe 27,53, Nieber-Glöbe 470,85, Nieber-Glöbe 176,60, Nieber-Glöbe 43,18, Nieber-Glöbe 5,—, Nieber-Glöbe 262,65, Nieber-Glöbe 1314,68, Nieber-Glöbe 2036,61, Nieber-Glöbe 145,34, Nieber-Glöbe 111,85, Nieber-Glöbe 293,43, Nieber-Glöbe 23,80, Nieber-Glöbe 28,80, Nieber-Glöbe 615,40, Nieber-Glöbe 1509,51, Nieber-Glöbe 1223,98, Nieber-Glöbe 4, Quartal 300,—, Nieber-Glöbe 44,57, Nieber-Glöbe 74,—, Nieber-Glöbe 32,63, Nieber-Glöbe 21,80, Nieber-Glöbe 17,08, Nieber-Glöbe 30,33, Nieber-Glöbe 48,10, Nieber-Glöbe 204,60, Nieber-Glöbe 577,27, Nieber-Glöbe 13,—, Nieber-Glöbe 231,58, Nieber-Glöbe 859,13, Nieber-Glöbe 2293,54, Nieber-Glöbe 36,55, 4, Quartal 1500,—, Nieber-Glöbe 20,130, Nieber-Glöbe 52,93, Nieber-Glöbe 23,80, Nieber-Glöbe 259,33, Nieber-Glöbe 188,05, Nieber-Glöbe 54,59, Nieber-Glöbe 49,32, Nieber-Glöbe 20,50, Nieber-Glöbe 1576,97, Nieber-Glöbe 137,05, Nieber-Glöbe 26,25, Nieber-Glöbe 13,55, Nieber-Glöbe 53,90, Nieber-Glöbe 108,16, Nieber-Glöbe 28,45, Nieber-Glöbe 4,80, Nieber-Glöbe 12,33, Nieber-Glöbe 39,55, Einzelmitglieder der Hauptkasse 12,60.

Gewerkschaftssekretär gesucht.

Für das mit 1. Januar 1907 gegründete Bezirkskartell der christlichen Gewerkschaften in Wachen wird ein Kartellsekretär gesucht. Offerten nebst selbstgeschriebenen Lebenslauf sind bis spätestens 1. Februar an den Kartellvorsitzenden R. Klätgen in Wachen, G. Klätgenhaus, Poststraße 56 einzusenden.

Sterbetafel.



Magdeburg. Am 20. Dezember 1906 starb unser Kollege Johann Krautwurst im Alter von 40 Jahren an Nierenentzündung.

Ehre seinem Andenken!

Versammlungs-Kalender.

- Albstadt.** Sonntag, den 13. Januar vormittags 10 Uhr Generalversammlung. Vollständiges Erscheinen aller Mitglieder Ehrenpflicht.
- Bamberg.** Sonntag, den 6. Januar vormittags 10 Uhr in den Lokalsälen Generalversammlung mit Vortrag des Kollegen Trojmann. Redner, Jahresbericht und Neuwahl der Vorstandskasse. Kein Mitglied darf fehlen.
- Bischofs.** Sonntag, den 6. Januar vormittags 11 Uhr außerordentliche Versammlung mit wichtiger Tagesordnung. Kein Mitglied darf fehlen.
- Düren.** Sonntag, den 6. Januar Generalversammlung mit Neuwahl des Vorstandes, wozu die Mitglieder bis zum letzten Mann erscheinen müssen.
- Eisen-Stein.** Sonntag, den 6. Januar vormittags 11 Uhr bei H. in der Generalversammlung mit Vorstandswahl.
- Eisen-Höfchen.** Sonntag, den 6. Januar vormittags 11 Uhr bei H. in der Generalversammlung mit Vorstandswahl.
- Geisweid.** Jeden 2. Sonntag, im Monat nachmittags 4 Uhr Versammlung im Café Schärer.
- Görlitz.** Sonntag, den 12. Januar abends 8^{1/2} Uhr Generalversammlung in Wacker's Restaurant Mittelstraße 18. Vollständiges Erscheinen wird erwartet.
- Heidelberg.** Jeden ersten und dritten Sonntag im Monat abends 8^{1/2} Uhr im Restaurant Döbel, Rohrbacherstraße 47.
- Kais.** Dienstag, den 8. Januar abends 9 Uhr außerordentliche Vertrauensmänner-Versammlung bei Dönitzberg; Nachmittags 11 Uhr bei H. in der Generalversammlung.
- Kattowice.** Jeden Sonntag nach dem 1. und 15. eines jeden Monats nachmittags 11 Uhr im Gesellschaftshaus, Grundmannstraße.
- Wiesbaden.** Sonntag, den 6. Januar nachmittags 4^{1/2} Uhr in Wacker's Generalversammlung.
- Überbach.** Sonntag, den 13. Januar nachmittags 2 Uhr bei Döbel, Döbelstraße 1 Generalversammlung. Kein Mitglied darf fehlen.
- Wiesbaden.** Sonntag, den 20. Januar nachmittags 4 Uhr Generalversammlung bei Döbel, früher Bachmann, Döbelstraße.
- Wiesbaden.** Jeden ersten Sonntag im Monat vormittags 11 Uhr beim Kollegen Franz Koch.
- Wiesbaden.** Sonntag, den 12. Januar abends 8 Uhr Generalversammlung mit Jahresbericht und Neuwahl des Vorstandes.